

KOMMUNIQUE

"Wege zur Verständigung - Erziehung zum Frieden im Normalisierungsprozeß zwischen der Volksrepublik Polen und der Bundesrepublik Deutschland" - unter diesem Leitthema stand eine Konferenz für Parlamentarier, führende Persönlichkeiten aus den Kultus- und Bildungsministerien beider Länder, Wissenschaftler und Pädagogen, die gemeinsam vom Polnischen Institut für Internationale Angelegenheiten und der Friedrich-Ebert-Stiftung vom 18. bis 20. September 1979 in Toruń veranstaltet wurde.

An der Spitze der polnischen Delegation stand der Vizeminister im Ministerium für Bildung und Erziehung, Dr. Romuald Jeziarski. Die Delegation aus der Bundesrepublik Deutschland leitete der Staatssekretär im Kultusministerium des Landes Hessen, Dr. Burghard Vilmar.

Zu dieser Konferenz übermittelten Grußworte der Vorsitzende des Ministerrates der VR Polen, Piotr Jaroszewicz, der Minister für Bildung und Erziehung, Józef Tejcma, Bundeskanzler Helmut Schmidt, Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher, der Präsident der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland, Josef Jochem, und der SPD-Vorsitzende Willy Brandt.

Diese Grußworte machen das hohe politische Interesse beider Seiten an der Thematik der Konferenz deutlich.

Aufgabe dieser Konferenz war es, den Dialog zwischen der Volksrepublik Polen und der Bundesrepublik Deutschland über Fragen der Bildung und Erziehung zu vertiefen.

Dabei standen die auf eine polnische Initiative zurückgehende Deklaration der UNO aus dem Jahre 1978 über "Die Erziehung der Völker im Geiste des Friedens" und Möglichkeiten einer Erweiterung der Zusammenarbeit beider Länder im Bildungsbereich im Mittelpunkt der Referate.

Die Verwirklichung der UNO-Deklaration ist nach Auffassung der Konferenzteilnehmer ein wesentliches Element des Normalisierungsprozesses zwischen der Volksrepublik Polen und der Bundesrepublik Deutschland, der sich auf der Basis des Vertrages zwischen der VR Polen und der Bundesrepublik Deutschland vom 7.12.1970 entwickelt. Zugleich ist die Erziehung zum Frieden ein Beitrag zur Sicherheit und Verständigung der Völker in Europa. Diese auf polnischen Vorschlag verabschiedete UNO-Deklaration fand die volle Zustimmung der Teilnehmer aus der Bundesrepublik Deutschland.

Ein zentraler Punkt der Beratungen war die Problematik der Einführung der Empfehlungen der gemeinsamen Schulbuchkommission.

Die Teilnehmer zogen eine Zwischenbilanz der Schulbuchverbesserung in beiden Ländern, die zusammen mit intensivierten Kontakten auf den Gebieten Bildung und Erziehung beispielgebend für die Realisierung der UNO-Deklaration wirken sollten.

Toruń, 20.9.1979

Komunikat

"Drogi do porozumienia - wychowanie dla pokoju w procesie normalizacji między Polską Rzeczpospolitą Ludową a Republiką Federalną Niemiec" - pod takim hasłem przewodnim odbyła się konferencja parlamentarzystów, kierowniczych osobistości ministerstw kultury i oświaty obu krajów, naukowców i pedagogów, zorganizowana wspólnie przez Polski Instytut Spraw Międzynarodowych i Fundację imienia Friedricha Eberta w dniach od 18. do 22. września 1979 w Toruniu.

Na czele delegacji polskiej stał wiceminister w Ministerstwie Oświaty i Wychowania, dr. Romuald Jezierski. Delegacji z Republiki Federalnej Niemiec przewodniczył sekretarz stanu w Ministerstwie Kultury kraju związkowego Hesji, dr. Burghard Vilmar.

Konferencji przekazali pozdrowienia: przewodniczący Rady Ministrów Polskiej Rzeczypospolitej Ludowej, Piotr Jaroszewicz, minister oświaty i wychowania, Józef Tejchma, kanclerz Republiki Federalnej Niemiec, Helmut Schmidt, federalny minister spraw zagranicznych, Hans-Dietrich Genscher, przewodniczący Stałej Konferencji Ministrów Kultury krajów związkowych Republiki Federalnej Niemiec, Josef Jochem i przewodniczący SPD, Willy Brandt.

Pozdrowienia te świadczą o wielkim politycznym zainteresowaniu obu stron tematyką konferencji.

Zadaniem konferencji było pogłębienie dialogu między Polską Rzeczpospolitą Ludową a Republiką Federalną Niemiec w zagadnieniach oświaty i wychowania.

W centrum referatów stała uchwalona z inicjatywy Polski deklaracja ONZ z roku 1978 o "Wychowaniu narodów w duchu pokoju" oraz możliwości rozszerzenia współpracy między obu krajami w dziedzinie oświaty.

Realizacja postanowień deklaracji ONZ jest zdaniem uczestników konferencji ważnym elementem procesu normalizacji między Polską Rzeczpospolitą Ludową a Republiką Federalną Niemiec, rozwijającego się na fundamencie układu między Polską Rzeczpospolitą Ludową a Republiką Federalną Niemiec z 7.12.1970 roku. Wychowanie dla pokoju jest równocześnie przyczynkiem do bezpieczeństwa i porozumienia między narodami w Europie.

Deklaracja ONZ uchwalona z inicjatywy Polski spotkała się z pełną aprobatą uczestników z Republiki Federalnej Niemiec.

Centralnym punktem obrad była problematyka wcielania w życie zaleceń wspólnej komisji podręcznikowej.

Uczestnicy zestawili tymczasowy bilans poprawy podręczników w obu krajach, która, razem z intensywniejszymi kontaktami w dziedzinie oświaty i wychowania powinny być wzorowym przykładem

realizacji deklaracji ONZ.

Toruń, 20.9.1979

Ich möchte die Ergebnisse der Konferenz in Thorn - wie sie sich mir darstellen - in folgende Thesen zusammenfassen:

1. Trotz des sehr viel weiter gesteckten Themas "Wege zur Verständigung - Erziehung zum Frieden im Normalisierungsprozeß zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen" standen im Mittelpunkt der Konferenz im wesentlichen die deutsch-polnischen Schulbuchempfehlungen. Die Ursache dieser entschiedenen Schwerpunktsetzung lag bei dem hohen Stellenwert, den die polnische Seite ihrer Realisierung beimißt.
2. Der grundlegende Dissens über den Charakter der Empfehlungen konnte nicht aufgehoben werden. Während die deutsche Seite in ihnen ein bedeutsames Angebot insbesondere an Schulbuchautoren und Lehrplanverfasser sieht, sind sie für die polnischen Partner eine Art Richtlinie. Aus diesem Unterschied folgt eine unterschiedliche Beurteilung der "Umsetzungsproblematik"; dies vor allem im Hinblick auf Umfang und Tempo der Verwirklichung in der Bundesrepublik Deutschland. Während deutsche Diskussions Teilnehmer auf die den Empfehlungen immanente Überzeugungskraft vertrauten und zu Geduld rieten, forderten polnische Sprecher energische politische Schritte zu ihrer Durchsetzung.
3. Gerade dieser im Verlauf der Konferenz durch freimütige Diskussion immer deutlicher akzentuierte Gegensatz aber wird sich nach meiner Überzeugung dahin auswirken, daß Mißverständnisse und Unklarheiten zurücktreten und auf beiden Seiten ein besseres Verständnis des jeweils anderen sich durchsetzt. Damit entstehen aber auch bessere Ausgangspositionen für eine praktische Politik der Verständigung.

Wir deutschen Teilnehmer haben wohl klarer als vorher erkannt, welche zentrale Bedeutung das deutsch-polnische Verhältnis in Geschichte und Gegenwart für die Polen hat, wie sehr für sie die Hoffnung auf eine friedliche Zukunft von einer Bereinigung

dieses Verhältnisses abhängt und daß sich aus dieser Dimension ihre Einschätzung der Schulbuchempfehlungen und der Problematik ihrer Umsetzung herleitet. Wir haben gespürt, welche politischen Folgen ein Scheitern der Bemühungen um ihre Realisierung haben müßte.

Den polnischen Partnern andererseits dürfte die Konferenz einen lebendigeren Eindruck von unserer Verfassungswirklichkeit vermittelt haben. Ich hoffe, daß sie deutlicher sehen werden, daß der Bildungsföderalismus von uns nicht etwa als Blickfang aufgebaut wird, um dahinter Immobilität zu verbergen, sondern daß er lebendige Realität ist und Platz bietet für vielfältige Aktivitäten zum Nutzen der deutsch-polnischen Verständigung. Die Beiträge von deutscher Seite zur Diskussion müßten auch nachföhlbarer gemacht haben, daß es in einer sich als pluralistisch verstehenden politischen und gesellschaftlichen Ordnung keine allgemeingöltige, von Staats wegen angeordnete Verpflichtung auf einen bestimmten Text zur Interpretation der Geschichte geben kann; daß aber andererseits auch diejenigen, die bei uns Vorbehalte gegen Teile der Empfehlungen haben und äußern, nicht schon allein aus diesem Grunde als prinzipielle Gegner einer Verständigung angesehen werden sollten. Der aus Deutschland während des Nationalsozialismus vertriebene und Franzose gewordene Friedenspreisträger des deutschen Buchhandels Alfred Grosser hat kürzlich - in der Stuttgarter Zeitung vom 1.10.1979 - ausgedrückt, was allgemeiner Konsens unter den deutschen Teilnehmern war: "Und das muß immer nach polnischer Seite hin betont werden: Wenn es keinen Bundesstaat gäbe, wenn so etwas vorhanden wäre wie ein nationales Erziehungsministerium in Deutschland, auch dann würde ich hoffen, daß den Geschichtslehrern nicht auferlegt wird, Satz für Satz und Idee für Idee so zu lehren, wie es vorgegeben ist. Das kann man in einem autoritären Staat, das soll man nicht in einem freiheitlichen Staat."

4. Für die Konferenz war es deshalb sehr nützlich, daß auch Vertreter solcher Länder an ihr teilnahmen, die die Empfehlungen nicht vollständig akzeptieren.
5. Ich hoffe, daß von der klärenden Diskussion um die Schulbuchempfehlungen auch positive Wirkungen auf andere, während der Konferenz nur am Rande behandelte Bereiche einer Verständigungspolitik, wie den Austausch von Wissenschaftlern, Lehrern und Schülern, ausgehen werden.
6. Schließlich ist der Aufenthalt am Tagungsort, der so tief in die gemeinsame Geschichte beider Völker gebetteten Stadt Thorn/Torun, ebenso wie die Begegnung mit der aus den Verwüstungen des Krieges wiederaufgebauten Stadt Warschau für die deutschen Teilnehmer ein Erlebnis gewesen, das intellektuell und emotional in uns weiterwirken wird.

"Wege zur Verständigung - Erziehung zum Frieden im Normalisierungsprozeß zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen

Tagung des Polnischen Instituts für Internationale Angelegenheiten, Warschau, und der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn, in Toruń / Polen vom 17. bis 22. September 1979

PROGRAMM

Montag, 17.9.

10.25 Uhr

Abflug in Frankfurt/Main mit LH 346

13.10 Uhr

Ankunft in Warschau

Begrüßung der Delegation aus der Bundesrepublik Deutschland durch Vertreter des Ministeriums für Bildung und Erziehung und des Polnischen Instituts für Internationale Angelegenheiten

Mittagessen

Transfer mit Sonderbus zum Konferenzort Toruń

Unterkunft im Hotel "Kosmos", ul. Portowa 2, Tel.: 28900/27085-6, Telex: 055 647

20.00 Uhr

Gemeinsames Abendessen

Dienstag, 18.9.

09.00 Uhr

Nikolaus-Kopernikus-Universität, Senatssaal

Eröffnung der Konferenz durch den stellvertretenden Direktor des Polnischen Instituts für Internationale Angelegenheiten, Dr. Jerzy Sułek

Begrüßung durch den Vorsitzenden des Nationalrats der Wojewodschaft Toruń, Bolesław Kapitan

Statements zum Generalthema der Konferenz

Volksrepublik Polen:

Romuald Jeziarski, Stellvertreter des Ministers für Bildung und Erziehung der VR Polen

Bundesrepublik Deutschland:

Dr. Burghard Vilmar, Staatssekretär im Kultusministerium des Landes Hessen

"Die UNO-Deklaration über die Erziehung zum Frieden als Mittel der Völkerverständigung und Vertiefung der internationalen Zusammenarbeit - Aufgaben und Probleme der Schulbuchrevision in der Volksrepublik Polen und der Bundesrepublik Deutschland"

Referenten:

Bundesrepublik Deutschland:

Dr. Burghard Vilmar, Staatssekretär im Kultusministerium des Landes Hessen

Volksrepublik Polen:

Romuald Jeziarski, Stellvertreter des Ministers für Bildung und Erziehung

"Die Beziehungen zwischen der Volksrepublik Polen und der Bundesrepublik Deutschland im Bildungsbereich und ihre Wirkung in der Öffentlichkeit beider Länder - eine Bilanz der Normalisierung und die Zukunftsperspektiven"

Referenten:

Bundesrepublik Deutschland:

Prof. Dr. Walter Mertineit, Leiter der deutschen Delegation der gemeinsamen deutsch-polnischen Schulbuchkonferenz

12.30 Uhr

Mittagessen im Hotel "Kosmos"

14.30 Uhr

Fortsetzung der Referate im Plenum

Volksrepublik Polen:

Prof. Dr. Władysław Markiewicz, Vorsitzender der Delegation der VR Polen in der gemeinsamen Schulbuch-Kommission; Sekretär der Abteilung I der Polnischen Akademie der Wissenschaften

Diskussion

19.00 Uhr

Abendessen im Hotel "Kosmos"

Mittwoch, 19.9.

09.00 Uhr

Fortsetzung der Diskussion im Plenum der Konferenz

12.00 Uhr

Mittagessen im Hotel "Kosmos"

14.00 Uhr

Fortsetzung der Diskussion

Zusammenfassung der Konferenzergebnisse und abschließende Statements der beiden Delegationsleiter

20.00 Uhr

Abschlußempfang im Rathaus der Stadt Toruń, gegeben vom Vorsitzenden des Nationalrates der Wojewodschaft Toruń, Bolesław Kapitan

Donnerstag, 20.9.

09.30 Uhr

Gespräch mit dem Rektor der Nikolaus-Kopernikus-Universität, Prof. R. Bohr
Universitätsbesichtigung

11.00 Uhr

Besichtigung der Stadt Toruń

13.00 Uhr

Mittagessen im Hotel "Kosmos"

19.00 Uhr

Konzert des Kammerorchesters im Rathaus von Toruń

21.00 Uhr

Abendessen im Hotel "Kosmos"

Freitag, 21.9.

07.30 Uhr Abreise der Delegation aus der Bundesrepublik Deutschland aus Toruń nach Warschau

11.00 Uhr Polnisches Institut für Internationale Angelegenheiten (PISM)
ul. Warecka 1a, Telefon: 26 30 21

Aussprache mit dem Vizeaußenminister der VR Polen, Herrn Dmochowski

nachmittags Besichtigung der Warschauer Altstadt im Rahmen einer Stadtrundfahrt

abends Besuch der polnischen Erstaufführung der Oper von

anschließend Empfang im Foyer der Oper auf Einladung der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Warschau

Samstag, 22.9.

Vormittag zur freien Verfügung

14.10 Uhr Abflug in Warschau mit LH 347 (Ortszeit)

14.55 Uhr Ankunft in Frankfurt/Main

6.12.1979/I

Die polnische Delegation auf die Konferenz PISM und FES
Wege zur Verständigung - Erziehung für den Frieden im Normalisierungsprozess der Beziehungen zwischen der VRP und der BRD

Toruń 18 - 20 September 1979

Der Vorsitzende: JEZIEWSKI Romuald - Vizeminister im Ministerium für Bildung und Erziehung.

BANACH Czesław - Dozent, Stellvertreter des Vorsitzenden des Hauptrates des Polnischen Lehrerverbandes.

BARBAG Józef - Professor, Polnische Akademie der Wissenschaften, Mitglied der Schulbuchkommission.

BRZEZIŃSKI Stanisław - IV Departament im Aussenministerium

CHMIEL Zdzisław - Kurator für Bildung und Erziehung in Szczecin.

CZUBIŃSKI Antoni - Professor, Direktor des Westinstitutes in Poznań.

DOROŻYŃSKI Ryszard - Sekretär im Wojewodchaftskomitee der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei in Toruń.

ERAZMUS Edward - Professor, Hochschule für Gesellschaftliche Wissenschaften.

FRYCIE Stanisław - Dozent, Direktor des Institutes für Schulprogramme.

GIERŁOWSKI Włodzimierz - Stellvertretender Direktor im Department für Presse, kulturelle und wissenschaftliche Mitarbeit im Aussenministerium.

GLEUCHOWSKI Jan - Professor, Leiter der PISM-Filiale in Toruń

HAJDUK Ryszard - Abgeordneter /PVAP/

KULAK Z. - Westinstitut in Poznań

KUTYMA Manfred - Dozent, Schlesisches Institut in Onole.

MARKIEWICZ Władysław - Professor, Polnische Akademie der Wissenschaften, Vorsitzender der polnischen Schulbuchkommission.

MĘCLEWSKI Edmund - Abgeordneter /parteilos/

MORAWSKI Tadeusz - Stellvertretender Direktor im Departament für Erziehung im Ministerium für Bildung und Erziehung.
MUSZYNSKI Heliodor - Professor, Direktor des Institutes für Pädagogik an der Adam Mickiewicz - Universität in Poznań.
ROTFELD Adam Daniel - Dr., Leiter der Abteilung für Europäische Sicherheit im PISM.
RYSZKA Franciszek - Professor, Institut für Geschichte /PAW/
RZESZOTARSKI Marek - Ministerium für Bildung und Erziehung.
SUŁEK Jerzy - Dozent Dr. Habil., Stellvertretender Direktor im Polnischen Institut für Internationale Angelegenheiten.
SZNAJDER W. - Dr., Schinesisches Institut in Opole.
SZYSZKO Ewelina - Abgeordnete /Demokratische Partei/
Mitglied der Bildungskommission im Parlament.

Konferenzbüro:

PIASKOWSKI B. - Leiter der Abteilung für Internationale Mitarbeit im PISM.
KRAWCZYK B. - Sekretärin
OWCZAREK Z. - Abteilung für Internationale Mitarbeit im PISM
SIKORSKI J. - Dolmetscher
JAROSZ J. - Dolmetscher

"Wege zur Verständigung - Erziehung zum Frieden im Normalisierungsprozeß zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen"

Tagung des Polnischen Instituts für Internationale Angelegenheiten, Warschau, und der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn, in Toruń / Polen vom 17. bis 22. September 1979

TEILNEHMERLISTE

1. Dr. Burghard VILMAR
Staatssekretär im Kultusministerium des Landes Hessen, Wiesbaden
- Leiter der Delegation aus der Bundesrepublik Deutschland -
2. Dr. Wolfgang BOBKE
Ministerialrat im Kultusministerium des Landes Hessen, Wiesbaden
3. Franz EBNER
1. Vorsitzender des Deutschen Philologenverbandes, München
4. Wilhelm HOLTMEIER
Regierungsschulrat im Kultusministerium des Landes Rheinland-Pfalz, Mainz
5. Dr. Wolfgang JACOBMEYER
Stellvertretender Direktor des Georg-Eckert-Instituts für internationale Schulbuchforschung, Braunschweig
6. Dr. Herbert KNEPPER
Ministerialrat im Kultusministerium des Landes Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf
7. Dr. Caspar KUHLMANN
Oberschulrat, Leiter des Referats für Lernplanung beim Senator für Bildung der Freien Hansestadt Bremen

8. Dr. Werner MAIBAUM
Akademieleiter, Ostkolleg der Bundeszentrale für politische Bildung, Köln
 9. Prof. Dr. Walter MERTINEIT
Leiter der deutschen Delegation der gemeinsamen deutsch-polnischen Schulbuchkonferenz,
Vizepräsident der Deutschen UNESCO-Kommission,
Glücksburg
 10. Wolfgang NECKEL
Landeschulrat in der Behörde für Schule, Jugend und Berufsbildung der Freien und Hansestadt Hamburg
 11. Hans-Meinert REDLIN
Kreistagsabgeordneter, Vorsitzender des Landesausschusses Schleswig-Holstein, Kiel
 12. Klaus REIFF, Leiter des Europa-Referats in der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn
 13. Prof. Dr. Carl-Christoph SCHWEITZER
Direktor, Pädagogische Hochschule Rheinland, Abteilung Bonn
 14. Siegfried VERGIN
Stellvertretender Vorsitzender der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft im Deutschen Gewerkschaftsbund,
Frankfurt
 15. Dr. Christian ZÖLLNER
Regierungsschuldirektor im Kultusministerium des Landes Schleswig-Holstein, Kiel
- Deutscher Konferenzstab
16. Anneliese Danka SPRANGER, Dolmetscherin, Much
 17. Dorothea SCHMIEDE, Europa-Referat in der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn

11. 9. 1979
I-ff/sch

**FRIEDRICH
EBERT
STIFTUNG**

**PRESSE
INFORMATION**

8/79

Sperrfrist: 16. 9. 1979

Deutsche und polnische Experten diskutieren in Toruń (Thorn)

Probleme der Bildung und Erziehung in beiden Ländern

Unter dem Generalthema "Wege zur Verständigung - Erziehung zum Frieden im Normalisierungsprozeß zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen" veranstalten die Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn, und das Polnische Institut für Internationale Angelegenheiten, Warschau, vom 17. bis 22. September 1979 in Toruń (Thorn) gemeinsam eine Konferenz für Bildungspolitikern und Bildungsexperten aus beiden Ländern.

Mit dieser Veranstaltung soll der Dialog mit Polen über Probleme der Erziehung und Bildung in beiden Ländern und die damit verbundene Revision der Schulbücher entsprechend den gemeinsam erarbeiteten Schulbuchempfehlungen vertieft werden. Darüber hinaus sollen Möglichkeiten einer engeren Zusammenarbeit beider Länder im Bildungsbereich besprochen, Informationen über die jeweiligen Bildungssysteme ausgetauscht und die unterschiedlichen Auffassungen zur Einführung der Schulbuchempfehlungen diskutiert werden.

In einem Grußwort an die Teilnehmer der Konferenz erklärte Bundeskanzler Helmut Schmidt, der Abbau von Vorurteilen sei für eine Erziehung zum Frieden von entscheidender Bedeutung. Gerade die im Bildungsbereich tätigen Erzieher, Wissenschaftler und Politiker trügen eine hohe Verantwortung für die Vermittlung eines objektiven Bildes von Geschichte und Gegenwart des anderen Landes. Mit den Schulbuchempfehlungen sei ein wichtiger Beitrag geleistet worden, das Verständnis füreinander zu fördern.

Der SPD-Vorsitzende Willy Brandt stellte in seinem Grußwort fest, nicht nur Staaten und ihre Repräsentanten müßten lernen, miteinander über Konflikte zu sprechen und nach Wegen ihrer Lösung zu suchen. Die Völker selbst und jeder einzelne sei aufgerufen, hier tatkräftig mitzuhelfen. Pädagogen und Erwachsenenbildnern komme dabei ein entscheidender Beitrag zu.

Verantwortlich: Klaus Reiff, Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn
Tel.: 02221 - 88 31

„Drogi do porozumienia - wychowanie dla pokoju”

Toruńska konferencja uczonych Polski i RFN

Dziś w Toruniu rozpoczyna się konferencja pod hasłem „Drogi do porozumienia — wychowanie dla pokoju w procesie normalizacji stosunków między PRL i RFN”, która stanowi formę kontynuacji spotkania, jakie przed dwoma laty odbyło się w Bonn z inicjatywy Polskiego Instytutu Spraw Międzynarodowych i RFN-owskiej Fundacji Eberta. Wówczas to tematem obrad była ocena stanu i perspektyw wdrożenia zaleceń działającej pod auspicjami UNESCO polsko-RFN-owskiej komisji do spraw rewizji treści podręczników szkolnych.

Rozpoczynająca się dziś konferencja podejmuje dwa zasadnicze tematy: „Wychowanie dla pokoju jako środek porozumienia i pogłębienia współpracy międzynarodowej — rewizja podręczników szkolnych jako zadanie i wspólny wkład PRL i RFN do utrwalenia pokoju” oraz „Stosunki między PRL i RFN w zakresie oświaty i kształtowania opinii publicznej — bilans normalizacji i perspektywy na przyszłość”.

Wśród uczestników toruńskiej konferencji — uczonych z obu krajów znajdują się członkowie komisji podręcznikowej, wydawcy, pedagodzy i działacze kultury.

GAZETA POMORSKA
TORUŃ
18.9.1979

Konferencja w Toruniu

Dialog Polska — RFN o wychowaniu społeczeństw w duchu pokoju

Jak już informowaliśmy z inicjatywy Polskiego Instytutu Spraw Międzynarodowych i Fundacji Eberta z RFN wczoraj w Toruniu spotkali się politycy, uczeni, pedagodzy, wydawcy, działacze kultury Polski i RFN, aby w toku dyskusji dokonać bilansu obustronnych działań w zakresie realizacji idei wychowania społeczeństw dla pokoju, w szczególności młodego pokolenia oraz określić zadania i kierunki dalszej współpracy. W programie konferencji zwraca się szczególną uwagę na ocenę stopnia wdrożenia przez oba kraje zaleceń działającej od 1972 roku Komisji PRL—RFN do Spraw Podręczników Szkolnych. Treści zawarte w podręcznikach, zwłaszcza w geografii i historii mają przecież zasadniczy wpływ na kształtowanie świadomości i postaw młodzieży.

Miejscem polsko-RFN-owskiego spotkania jest sala Senatu UMK w Toruniu. We wczorajszych obradach uczestniczył gospodarz województwa — przewodniczący Wojewódzkiej Rady Narodowej, I sekretarz KW PZPR tow. Bolesław Kapitan, który serdecznie powitał uczestników konferencji.

Ze strony polskiej referaty wygłosili: przewodniczący delegacji polskiej, wiceminister oświaty i wychowania Romuald Jezierski oraz prof. dr Józef Barbag (autorem referatu jest nieobecny na konferencji prof. dr Władysław Markiewicz, przewodniczący polskiej komisji podręcznikowej).

Romuald Jezierski omówił znaczenie przyjętej na XXXIII sesji Zgromadzenia NZ, z inicjatywy Edwarda Gierka „Deklaracji w sprawie wychowania społeczeństw w duchu pokoju”, a na tym nie przedstawił sprawy związane z rewizją podręczników szkolnych w PRL i RFN. Jeśli mówimy — stwierdził — o naszej gotowości do dalszego wypełniania zobowiązań wynikających ze wspólnych zaleceń podręcznikowych, to jednocześnie z troską i niepokojem obserwujemy stan ich realizacji w RFN. Uważamy bowiem, iż nierealizowanie zaleceń podręcznikowych godzi w jeden z podstawowych celów, który powinien być nam wspólny, a mianowicie — stworzenie warunków do wychowania młodego pokolenia i przygotowania społeczeństw obu krajów do polityki normalizacji i porozumienia. Jak wiadomo, rządy Polski i RFN zobowiązały się do realizacji zaleceń podręcznikowych. Rząd Polski wwiązuje się solennie z tego zobowiązania i tego samego oczekujemy od rządu RFN. Dla polskiej opinii publicznej postawa wobec zaleceń jest ważnym moralno-politycznym sprawdzianem rzeczywistych intencji wobec Polski i Polaków, a zarazem też sprawdzianem wiarygodności i skuteczności procesów normalizacyjnych zapoczątkowanych układem z 7 grudnia 1970 r.

Ze strony RFN zagadnienia będące przedmiotem zainteresowania konferencji referowali: dr Wolfgang Bobke, radca ministerialny w ministerstwie kultury i oświaty w Hesji (w zastępstwie przewodniczącego delegacji RFN dr. Burgharda Vilmara, sekretarza stanu w ministerstwie kultury i oświaty w Hesji) oraz prof. dr Walter Mertineit, szef komisji RFN do spraw podręczników szkolnych.

Referat Vilmara zawierał informacje o działalności instytucji społecznych, ośrodków naukowych i ludzi oświaty, pedagogów i wychowawców w RFN, służącej realizacji zaleceń. Wskazując na istniejące trudności, autor referatu podkreśla rangę i celowość wprowadzenia w życie zaleceń dla kształtowania świadomości politycznej społeczeństwa RFN w duchu normalizacji i porozumienia z Polską.

Po referatach rozpoczęła się dyskusja, która kontynuowana będzie w dniu dzisiejszym. Obradom przewodniczy doc. dr Jerzy Sułek zastępca dyrektora Polskiego Instytutu Spraw Międzynarodowych.

(jas)

GAZETA POMORSKA
TORUŃ
19.9.1979

Rewizja podręczników

Konferencja PRL - RFN w Toruniu

(P) W Toruniu rozpoczęła się 18 bm. konferencja na temat „Drogi do porozumienia — wychowanie dla pokoju w procesie normalizacji stosunków między PRL i RFN”. W konferencji, zorganizowanej przez Polski Instytut Spraw Międzynarodowych i Fundację im. Friedricha Eberta, uczestniczyli blisko 40-osobowe grono członków wspólnej komisji polsko-zachodnoniemieckiej ds. rewizji podręczników szkolnych, działającej pod patronatem UNESCO. Działacze oświatowi, pedagodzy i wychowawcy, posłowie, działacze polityczni i naukowcy. Jest to kolejne podobne spotkanie — pierwsze odbyło się w listopadzie 1977 r. w Bonn.

W imieniu władz i społeczeństwa regionu toruńskiego uczestników konferencji powitał przewodniczący Wojewódzkiej Rady Narodowej w Toruniu — Bolesław Kapitan.

W pierwszym dniu obrad wysłuchano czterech referatów. Wiceminister oświaty i wychowania — Romuald Jezierski — omówił znaczenie przyjętej na XXXIII sesji Zgromadzenia NZ, z inicjatywy Edwarda Gierka „Deklaracji w sprawie wychowania społeczeństw w duchu pokoju”, a na tym tle przedstawił sprawy związane z rewizją podręczników szkolnych w PRL i RFN.

Jeśli mówimy — stwierdził — o naszej gotowości do dalszego wypełniania zobowiązań wynikających ze wspólnych zaleceń podręcznikowych, to jednocześnie z troską i niepokojem obserwujemy stan ich realizacji w RFN. Uważamy bowiem, iż nierealizowanie zaleceń podręcznikowych godzi w jeden z podstawowych celów, który powinien być nam wspólny, a mianowicie — stworzenie warunków do wychowania młodego pokolenia i przygotowania społeczeństw obu krajów do polityki normalizacji i porozumienia.

Jak wiadomo, rządy Polski i RFN zobowiązały się do realizacji zaleceń podręcznikowych. Rząd polski wywiązuje się solennie z tego zobowiązania i tego samego oczekujemy od rządu RFN. Dla polskiej opinii publicznej postawa wobec zaleceń jest ważnym moralno-politycznym sprawdzianem rzeczywistych intencji wobec Polski i Polaków, a zarazem sprawdzianem wiarygodności i skuteczności procesów normalizacyjnych zapoczątkowanych układem z 7 grudnia 1970 r.

Wysłuchano również referatu sekretarza stanu w Ministerstwie Kultury i Oświaty Hesji — Burgharda Vilmar, który zawierał informacje o działalności instytucji społecznych, ośrodków naukowych i ludzi oświaty, pedagogów i wychowawców w RFN, służącej realizacji zaleceń. Wskazując na istniejące trudności autor referatu podkreśla rangę i celowość wprowadzenia w życie zaleceń dla kształtowania świadomości politycznej społeczeństwa RFN w duchu normalizacji i porozumienia z Polską.

Uczestnicy konferencji zapoznali się także z referatami przewodniczących obu grup polsko-zachodnoniemieckiej komisji ds. rewizji podręczników szkolnych: prof. prof. Waltera Mertineita i Władysława Markiewicza. (PAP)

ŻYCIE WARSZAWY
19.9.1979

Konferencja uczonych Polski i RFN w Toruniu

Drogi do porozumienia — wychowanie dla pokoju

Wczoraj w Toruniu zakończyła się dwudniowa konferencja pod hasłem „Drogi do porozumienia — wychowanie dla pokoju w procesie normalizacji stosunków między PRL i RFN”. Uczestniczyli w niej — o czym informowaliśmy — politycy, uczeni, pedagodzy, działacze oświatowi i kulturalni Polski i RFN. Delegacji polskiej przewodniczył wiceminister oświaty i wychowania Romuald Jezierski, delegacji zachodnoniemieckiej (obecny w drugim dniu obrad) dr Burghard Vilmar sekretarz stanu w Ministerstwie Kultury i Oświaty Hesji.

W czasie konferencji na ręce przewodniczącego obrad doc. dra Jerzego

Sulka, zastępcy dyrektora Polskiego Instytutu Spraw Międzynarodowych wpłynęły depesze i listy od osobistości życia politycznego obu krajów. Ze strony zachodnoniemieckiej życzenia efektywnych obrad przekazał uczestnikom spotkania: kanclerz RFN Helmut Schmidt, minister spraw zagranicznych RFN Hans-Dietrich Genscher, przewodniczący SPD Willy Brandt oraz przewodniczący Stałej Konferencji Federalnej zrzeszającej ministrów kultury — Josef Jochim; ze strony polskiej: prezes Rady Ministrów Piotr Jaroszewicz i minister oświaty i wychowania Józef Teichma.

Konferencję podsumowuje wspólny polsko-RFN-owski komunikat.

Po zakończeniu obrad, wczoraj wieczorem, obie delegacje były gośćmi przewodniczącego WRN, I sekretarza KW PZPR w Toruniu Bolesława Kapitana, dziś — rektora UMK prof. dr. Ryszarda Bohra. W programie — zwiedzanie uniwersytetu, miasta, koncert orkiestry kameralnej. (Jas)

Na stronie 5 publikujemy rozmowę z doc. dr. JERZYM SUŁKIEM, zastępcą dyrektora Polskiego Instytutu Spraw Międzynarodowych, przewodniczącym polsko — RFN-owskiej konferencji „Drogi do porozumienia — wychowanie dla pokoju”.

GAZETA POMORSKA
TORUŃ
20.9.1979

Konferencja w Toruniu Drogi do porozumienia — wychowanie dla pokoju

Stan realizacji zaleceń
polsko-zachodniemieckiej komisji
d/s podręczników szkolnych

W Toruniu rozpoczęła się 18 bm. konferencja na temat „Drogi do porozumienia — wychowanie dla pokoju w procesie normalizacji stosunków między PRL i RFN”.

W konferencji, zorganizowanej przez Polski Instytut Spraw Międzynarodowych i Fundację im. Friedricha Eberta, uczestniczy blisko 40-osobowe grono członków wspólnej Komisji polsko-zachodniemieckiej ds. rewizji podręczników szkolnych, działającej pod patronatem UNESCO, działacze oświatowi, pedagodzy i wychowawcy, posłowie, działacze polityczni i naukowcy. Jest to kolejne podobne spotkanie — pierwsze odbyło się w listopadzie 1977 r. w Bonn.

W imieniu władz i społeczeństwa regionu toruńskiego uczestników konferencji powitał przewodniczący wojewódzkiej Rady Narodowej w Toruniu — Bolesław Kapitan.

W pierwszym dniu obrad wysłuchano czterech referatów. Wiceminister Oświaty i Wychowania — Romuald Jezierski — omówił znaczenie przyjętej na XXXIII sesji Zgromadzenia ONZ, z inicjatywy Edwarda Gierka „Deklaracji w sprawie wychowania społeczeństw w duchu pokoju”, a na tym tle przedstawił sprawy związane z rewizją podręczników szkolnych w PRL i RFN. Jeśli mówimy — stwierdził — o naszej gotowości do dalszego wypełniania zobowiązań wynikających ze wspólnych zaleceń podręcznikowych, to jednocześnie z troską i niepokojem obserwujemy stan ich realizacji w RFN. Uważamy bowiem, iż nie realizowanie zaleceń podręcznikowych godzi w jeden z podstawowych celów, który powinien być nam wspólny, a mianowicie

— stworzenie warunków do wychowania młodego pokolenia i przygotowania społeczeństw obu krajów do polityki normalizacji i porozumienia. Jak wiadomo rząd Polski i RFN zobowiązały się do realizacji zaleceń podręcznikowych. Rząd Polski wywiązuje się solennie z tego zobowiązania i tego samego oczekujemy od rządu RFN. Dla polskiej opinii publicznej postawa wobec zaleceń jest ważnym moralno-politycznym sprawdzianem rzeczywistych intencji wobec Polski i Polaków, a zarazem też sprawdzianem wiarygodności i skuteczności procesów normalizacyjnych zapoczątkowanych układem z 7 grudnia 1970 r.

Wysłuchano również referatu sekretarza stanu w Ministerstwie Kultury i Oświaty — Hesji Burgharda Vilmar, który zawierał informacje o działalności instytucji społecznych, ośrodków naukowych i ludzi oświaty, pedagogów i wychowawców w RFN, służącej realizacji zaleceń. Wskazując na istniejące trudności autor referatu podkreśla rangę i celowość wprowadzenia w życie zaleceń dla kształtowania świadomości politycznej społeczeństwa RFN w duchu normalizacji i porozumienia z Polską.

Uczestnicy konferencji zapoznali się także z referatami przewodniczących obu grup polsko-zachodniemieckiej Komisji ds. rewizji podręczników szkolnych: prof. Waltera Mertineita i Władysława Markiewicza.

(PAP)

TRYBUNA LUDU
20.9.1979

Próba bilansu

Rozmowa z doc. dr. JERZYM SULKIEM

— zastępcą dyrektora Polskiego Instytutu

Spraw Międzynarodowych,

przewodniczącym zakończonej wczoraj w Toruniu

polsko-RFN-owskiej konferencji

„Drogi do porozumienia — wychowanie dla pokoju”

— Jakie nadzieje inicjatorzy tego spotkania — Polski Instytut Spraw Międzynarodowych i zachodniemiecka Fundacja Eberta — wiązali z przebiegiem konferencji i w jakim zakresie nadzieje te zostały usatysfakcjonowane?

— Na początek jedno zastrzeżenie — zakończona właśnie konferencja jest jedną z wielu form kontaktów — i to chyba nie najważniejszą — między oboma krajami, które odbywają się w dziedzinie oświaty, wychowania czy najszerzej pojętej kultury.

Program konferencji podejmował dwa główne wątki tematyczne: wychowanie dla pokoju (nawiązujemy tu do inicjatywy polskiej sformułowanej w przemówieniu Edwarda Gierka w 1974 roku na forum ONZ, a później skonkretyzowanej w polskim projekcie Deklaracji przyjętym na sesji ONZ w 1978 r.) oraz realizacja zaleceń wspólnej polsko-RFN-owskiej komisji do spraw podręczników szkolnych. Komisja działała pod auspicjami UNESCO i 4 lata temu opublikowała wspólne zalecenia w sprawie rewizji treści podręczników w obydwu krajach. Ten drugi wątek traktujemy jako swego rodzaju ilustrację pierwszego, ogólniejszego motu. Wychodząc z założenia, że rządy obu krajów wyrażają ogólne poparcie dla celów Deklaracji o wychowaniu dla pokoju, spróbowaaliśmy w gronie działaczy oświatowych, członków komisji podręcznikowej, naukowców, pedagogów przedyskutować możliwości praktycznego ich zastosowania w stosunkach Polska — RFN. Nie chodzi nam tu o piękne słowa, ale o konkretne czyny, o uzyskanie namacalnych efektów w sferze współpracy środowisk oświatowych RFN i Polski. Dotyczy to zarówno Deklaracji ONZ o wychowaniu dla pokoju jak i realizacji zaleceń komisji podręcznikowej.

Minister Romuald Jezierski oraz inni członkowie delegacji polskiej przedstawili na konferencji w Toruniu bardzo rzeczowo zaawansowany stan wdrażania — po naszej stronie — zaleceń komisji do spraw podręczników.

Ze strony zachodniemieckiej otrzymaliśmy porcję nowych informacji o wysiłkach zmierzających do wprowadzenia w życie zaleceń komisji podręcznikowej w poszczególnych krajach Republiki Federalnej, zwłaszcza tych,

które rządzone są przez SPD (z dyskusji wynika wyraźnie, że największe postępy poczynione zostały z trzech „landach” — Bremie, Hamburgu i Nadrenii-Westfalii, a także — w pewnym sensie — w Hesji, z której pochodzi zresztą przewodniczący delegacji niemieckiej dr Burghard Vilmar). Uogólniając — odnieśliśmy jednak wrażenie, że jest to realizacja powolna i dalece niewystarczająca. Do tej pory po stronie zachodniemieckiej główną rolę w realizacji zaleceń komisji podręcznikowej odgrywały organizacje społeczne i polityczne. Tymczasem, jak wiemy, obowiązek wprowadzenia w życie zaleceń spoczywa w Republice Federalnej na władzach federalnych, rządach krajowych i na władzach oświatowych. Obowiązek ten wynika z zawartej umowy kulturalnej między Polską a RFN z 1976 r. Wielokrotnie, przy okazji oficjalnych wizyt rządowych, przywódcy Polski i RFN wskazywali we wspólnych oświadczeniach oficjalnych na potrzebę szybkiej realizacji tych zaleceń.

Rozbieżności zdań czy różnice w spojrzeniu dotyczyły też roli czynnika czasu. Strona zachodniemiecka apelowała przy wielu okazjach o cierpliwość wskazując, że realizacja zaleceń musi być procesem długofalowym, że winniśmy w związku z tym nastawić się na długoterminowe oddziaływanie, na perspektywę kilku czy może nawet kilkunastu lat. Strona polska natomiast wskazywała, że właśnie z powodu upływu czasu należy się spieszyć, bo jak wyraziła to bardzo trafnie poseł Ewelina Szyszko zaległości w dziedzinie wychowania trudno jest nadrobić. Każdy rok powiększa ich zasięg, z każdym rokiem wydawane są bowiem podręczniki zawierające „stare” antypolskie czy rewizjonistyczne treści, z każdym rokiem kolejne roczniki młodzieży wychowywane są w starym duchu, sprzecznym z przewodnią ideą porozumienia i normalizacji.

— Jaka jest rola Polskiego Instytutu Spraw Międzynarodowych i Fundacji Eberta w dialogu między Polską a RFN?

— Polski Instytut Spraw Międzynarodowych wspólnie z Fundacją Eberta (jest to fundacja partyjna, SPD-owska) zorganizowały już tego typu drugą konferencję. Pierwsza miała miejsce w listopadzie w 1977 r. w

Bonn. Przeprowadziliśmy ją wówczas w mniejszym gronie. Obecna konferencja odbywana jest w liczniejszej, bardziej reprezentatywnej obsadzie. Wśród wielu instytucji życia społecznego i politycznego w RFN, które angażują się na rzecz normalizacji stosunków z Polską, na rzecz przeobrażeń świadomości społecznej w duchu porozumienia i pokoju — Fundacja Eberta odgrywa jedną z czołowych ról w skali ogólnofederalnej. Po stronie polskiej PISM wykazuje również w tym zakresie szczególną aktywność. Przypomnę tylko, że w Instytucie znajduje się sekretariat Forum Polska — RFN, przy PISM działa polski komitet koordynacyjny Forum. Ostatnio wydaliśmy dwujęzyczną publikację „Polska — RFN. Bilans stosunków wzajemnych. Problemy i perspektywy normalizacji”. Jest to rzeczywiście bezprecedensowe przedsięwzięcie w skali nauk społecznych nie tylko w relacji Polska — RFN, ale szerzej pojętej między Wschodem i Zachodem. PISM aktywnie współpracuje również z wieloma ośrodkami, instytutami i instytucjami naukowymi i politycznymi.

Na zakończenie tej rozmowy chciałbym, jako przewodniczący toruńskiego spotkania, podziękować władzom miasta, zwłaszcza przewodniczącemu WRN Bolesławowi Kapitanowi, rektorowi UMK prof. dr. Ryszardowi Bohrowi, który udzielił nam gościnny, toruńskiej filii PISM za życzliwość, pomoc w zorganizowaniu konferencji, dobrą atmosferę.

Rozmawiała: J. SŁOMIŃSKA

**GAZETA POMORSKA
TORUŃ
20.9.1979**

NORDDEUTSCHER RUNDFUNK

Walter Mertineit

MS für NDR/WDR I "Perspektiven" (Sbn., 06. 10. 1979),
22.10 - .30

"Wege zur Verständigung - Erziehung zum Frieden im Normalisierungsprozeß zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen" war das Thema einer Tagung, zu der das Polnische Institut für Internationale Angelegenheiten und die Friedrich-Ebert-Stiftung deutsche und polnische Kulturpolitiker, Schulbuchfachleute, Pädagogen und Historiker im September nach Thorn/Volksrepublik Polen, eingeladen hatten.

Anlaß der Tagung war die polnische Deklaration "Über die Erziehung der Völker im Geiste des Friedens", die von der 33. Vollversammlung der Vereinten Nationen am 15. Dezember 1978 mit 138 Ja-Stimmen bei zwei Enthaltungen angenommen worden war. Die polnische Friedensdeklaration signalisierte einmal mehr das polnische Bedürfnis nach Sicherheit und Frieden in den gegenwärtigen territorialen Grenzen, ein Bedürfnis, dem die internationale Staatengemeinschaft Respekt und Achtung entgegenbringt. Ist es doch nur zu gut bekannt, daß Polen die Grausamkeiten des Krieges am schmerzlichsten am eigenen Leibe verspüren und die größten biologischen und materiellen Verluste erleiden mußte.

Nirgendwo anders beherrschen die Toten des letzten Krieges das Bewußtsein der Lebenden so stark wie hier. Das gibt der polnischen Stimme bei den Vereinten Nationen einen besonderen moralischen Akzent.

Der von den Tagungsteilnehmern - unter den Polen Abgeordnete des Sejm, unter den Deutschen überwiegend leitende Beamte aus den Länderministerien, an ihrer Spitze der Hessische Staatssekretär Dr. Burghard Vilmar - unternommene Versuch einer kritischen Würdigung der jüngsten polnischen Friedensinitiative und einer Zwischenbilanz der Entwicklung der deutsch-polnischen Beziehungen seit dem Abschluß des Warschauer Vertrages 1970 mußte sich dann auch abermals des großen Einflusses bewußt werden, den die geschichtliche Erinnerung und das geschichtliche Bewußtsein - und zwar dies sehr viel mehr bei den Polen als den

Deutschen - ausüben, Erinnerung und Bewußtsein, die zugleich noch sehr tief in der Emotionalität der Menschen verankert sind.

Dabei ging es nicht in einem vordergründigen Sinne um die gegenseitigen Vorhaltungen, daß die Deutschen sich nicht mehr erinnern möchten oder daß die Polen nicht vergessen wollten. Von Aufrechnungen war vierzig Jahre nach dem deutschen Überfall auf Polen und der versuchten Vernichtung des polnischen Staates und der polnischen Kultur keine Rede mehr.

Im Gegenteil: von Jahr zu Jahr, so glaubte man auf beiden Seiten feststellen zu können, ist das Klima des Vertrauens und des gegenseitigen Verstehens besser geworden; das zeigte nicht zuletzt noch die Ferienbegegnung zwischen Bundeskanzler Helmut Schmidt und Parteichef Edward Gierek Anfang September in Danzig und in Thorn. In einem solchen Klima werden sich auch die schwierigsten Probleme lösen lassen. Nach den Erfahrungen des zu Ende gehenden Jahrzehnts können beide Seiten die Zukunft ihrer Beziehungen einigermaßen optimistisch einschätzen, denn in der gesamten Nachkriegsperiode waren sie niemals so gut wie heute. Dennoch liegt ein Schatten über ihnen: der Schatten der Geschichte.

Ohne Zweifel hat die wachsende Zahl der Kontakte und Begegnungen, des Austausches, der wissenschaftlichen, technischen und künstlerischen Kooperation, die Musik, das Theater, die Ausstellungen, der Film, das Verlagswesen, die Bibliotheken, die Massenmedien, die Zusammenarbeit zwischen den Journalisten, der Sport, dann die vielen lokalen Veranstaltungen kulturell-informativer Art in den Gemeinden, die Städtepartnerschaften usw. - nicht zu reden von dem sich immer mehr ausweitenden Tourismus - zu einer kräftigen Stärkung der inneren Struktur der Beziehungen, zu einer Festigung des Vertrauenskapitals geführt. Aber ein Stachel bleibt. Haben die Deutschen wirklich die Geschichte begriffen? Haben sie daraus gelernt? Haben sie auch verstanden, daß für lange Zeit noch die moralisch-politische Substanz der Beziehungen der Volksrepublik Polen mit der Bundesrepublik Deutschland eine andere sein wird als die der Beziehungen zwischen Polen und Frankreich? Für Polen ist dies am allerwenigstens eine Frage der politischen Opportunität oder des politischen Programms, sondern eine Frage ihres historischen und nationalen Selbstverständnisses." Die Beziehungen mit

den Deutschen haben einfach unsere nationale Persönlichkeit geformt und haben wohl auch in unserem Unterbewußtsein Wurzeln gefaßt." (Ryszard Wojna) Daher gibt es, von den Polen aus gesehen, heute nichts Wichtigeres als die Interpretation der eigenen Geschichte aus den Beziehungen mit der deutschen.

Wie aber verhält es sich mit den Deutschen? Deutscherseits muß man von einer enormen kollektiven Verdrängung unserer Beziehungsprobleme mit Polen seit dessen Teilungen sprechen, d. h. von einer fast vollständigen Schrumpfung des deutschen Interesses an den zwischennationalen Problemen, es sei denn, sie werden unter dem Aspekt der Kulturleistung gesehen oder auf die letzte geschichtliche Tragödie verkürzt: auf das Schicksal der Vertreibung.

So blieb es nicht aus, daß auch diese Tagung die Aufgaben und Probleme, mit denen sich seit 1972 die Gemeinsame Deutsch-Polnische Schulbuchkommission beschäftigt, in den Mittelpunkt der Diskussionen in Thorn und in Warschau, wo man abschließend zu einer Begegnung mit dem polnischen Vize-Außenminister Dmochowski zusammentraf, rückte. In Polen ist man erschrocken darüber, wie ein bedenkenloser innenpolitischer Opportunismus in einigen Ländern der Bundesrepublik Deutschland diese erste gemeinsame wissenschaftlich begründete Anstrengung zu einer Überwindung nationalhistorisch-antagonistischer Denkmuster und auch zu einer Verringerung des historischen Bewußtseinsabstandes zwischen den beiden Völkern der bloßen parteipolitischen Polemik und Diffamierung aussetzt. Man ist enttäuscht, wie eine von beiden Seiten behutsam in Gang gesetzte und noch lange Zeit fortzusetzende geschichtswissenschaftliche Arbeit zu einer "heißen Kartoffel" in der Bundesrepublik geworden ist.

Die polnische Enttäuschung ist unter den genannten bewußtseinsgeschichtlichen Prämissen nur zu gut zu begreifen, zumal sogenannte Alternativempfehlungen von sich reden machten und durch einige Landespolitiker als die "bessere Wahrheit" protegiert wurden, obwohl diese nicht das Ergebnis eines deutsch-polnischen Dialogs waren, sondern lediglich nationalistische Besserwisserien, die eine sorgfältige und behutsame Gemeinschaftsarbeit

einseitig verändern möchten.

So bleibt also nur zu hoffen, daß weitere geduldige geschichtswissenschaftliche Gemeinschaftsarbeit von Deutschen und Polen die Schatten der Geschichte, die noch heute über dem Normalisierungsprozeß liegen, allmählich bannen wird.

Enttäuschung in Warschau über deutsche Schulbücher

Polen üben Kritik an der Darstellung der Nachkriegsgeschichte

Von Hans-Peter Sattler

Hannover

Auf die zerbrechlichen Knospen der deutsch-polnischen Beziehungen ist Reif gefallen. In Warschau wächst die Enttäuschung über die Behandlung der gemeinsamen Schulbuchempfehlungen zur Darstellung der Nachkriegsgeschichte in der Bundesrepublik. Die Regierung, die auf ein im Grunde ganz unpolnisches Tempo bei der Verwirklichung der Beschlüsse der bisherigen Schulbuchkonferenzen drückt, denkt bereits an Konsequenzen. Wer in diesen Tagen in die Hauptstadt an der Weichsel kommt, dem wird recht unverhohlen bedeutet, der geplante Jugendaustausch zwischen beiden Ländern werde erst dann in Gang kommen, wenn die Schulbücher in Ordnung gebracht seien.

Die Kritik an der Bundesrepublik und ihren Kultusbehörden, die wohl auch den nächsten offiziellen Besuchern wie dem niedersächsischen Ministerpräsidenten Albrecht und seinem Finanzminister Kiep unverblümt vorgetragen werden dürfte, läßt sich in wenigen Sätzen zusammenfassen: Die Polen sind ungehalten darüber, daß die gemeinsam verabschiedeten Empfehlungen, die das von Vor- und Fehlurteilen bestimmte überlieferte beiderseitige Geschichtsbild korrigieren sollen, bei der Konzeption und der Zulassung neuer deutscher Schulbücher bislang nur unzureichend berücksichtigt worden sind. Sie machen dafür eine fehlende Bereitschaft der Deutschen zur Revision bisheriger Auffassungen verantwortlich. Die Polen verweisen zur Untermauerung dieses Vorwurfs auf die Landesregierungen von Bayern, Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein, die die Empfehlungen ausdrücklich verworfen haben. In dem Umstand, daß beispielsweise in der Schriftenreihe der Landesregierung unterstellten niedersächsischen Landeszentrale für politische Bildung die Schulbuchempfehlungen zusammen und damit gleichwertig mit den kritischen Alternativempfehlungen aus der Feder von Historikern veröffentlicht worden sind, die den Vertriebenen-Verbänden nahestehen, sieht man in Warschau bereits den Beginn einer unverhüllten Gegenpropaganda.

Bei allem Unmut wird in Polen allerdings auch eingestanden, daß sich viel gebessert hat, seit die deutsch-polnische Schulbuchkonferenz im Jahre 1972 zum ersten Mal zusammentrat, und daß nicht alles, was heute beanstandet wird, seinen Grund in mangelndem guten Willen auf deutscher Seite hat. Vor einer Journalistengruppe, die auf Einladung der Bonner Friedrich-Ebert-Stiftung nach Warschau kam, hat Prof. Wladysla Markiewicz, der Leiter der polnischen Schulbuchkommission, diese positiven Veränderungen trotz seiner Bitterkeit ausdrücklich anerkannt. Die „krassen Beleidigungen“ Polens, die deutsche Geschichtsbücher noch vor einigen Jahren enthalten hätten, fänden sich nicht mehr. Aber es sei eben nach wie vor kritikwürdig, daß in den Unterrichtswerken der Bundesrepublik noch immer zu viel verschwiegen werde – die wichtige Rolle Polens im Völkerfrühling des 19. Jahrhunderts ebenso wie die Tatsache, daß große Perioden der langen und vielfältig miteinander verwobenen gemeinsamen Geschichte nicht mit Blut und mit Eisen geschrieben worden seien.

Markiewicz formuliert und argumentiert selbst da brillant, wo er seine eigene Position außenpolitischen Zwängen anzu-

passen hat und nicht reine und lautere Wissenschaft vertreten kann. Das Abkommen zwischen den Außenministern Molotow und Ribbentrop etwa, das die neuerliche Teilung Polens besiegelte, Hitler freie Hand für seinen grausamen Raubzug nach Osten gab und Stalin den ZUgriff auf polnisches Gebiet erlaubte, bezeichnet Markiewicz mit einem Hauch von Traurigkeit in der Stimme als eine Angelegenheit, die für sein Land alles andere als einfach oder gar sympathisch sei. Als politischer Realist weiß er jedoch, daß Warschau dieses Thema weger der erforderlichen Rücksichtnahme auf seine sowjetischen Verbündeten auch künftig wohl auf jeder Schulbuchkonferenz auszuklammern hat. Ein bißchen schadenfroh, so scheint es, schiebt Markiewicz die Sache nach Moskau ab, indem er meint, wenn eine deutsch-sowjetische Schulbuchkonferenz dieses Problem bilateral gelöst habe, dann sei er bereit, deren Empfehlungen für die polnischen Schulbücher zu übernehmen.

Übertreiben die Polen nicht doch in ihrer Kritik, selbst wenn sie wie Markiewicz nicht verkennen, daß der Inhalt eines Schulbuchs in der Bundesrepublik nicht einfach von Amts wegen dekretiert werden kann und Polen als kleines Land im deutschen Unterricht seit jeher einen anderen Stellenwert hat als umgekehrt der große Nachbar im polnischen Unterricht? Wer es sich einfach machen will, der kann eine Retourkutsche fahren und braucht nur aus einer im Auftrag des Bonner Auswärtigen Amtes erstellten Studie des Oldenburger Oberstudienrats Enno Meyer zu zitieren. Denn Meyer, der selber der Schulbuchkommission angehört und daher mit den Dingen vertraut ist, ist in dieser Untersuchung zu dem Ergebnis gekommen, daß auch in polnischen Schulbüchern die Empfehlungen keineswegs so penibel befolgt worden sind, wie man hätte annehmen können.

Doch gegenseitiges Aufrechnen hat noch nie weitergeführt. Im Braunschweiger Institut für internationale Schulbuchforschung, dessen verstorbener Gründer Georg Eckert einer der Wegbereiter der deutsch-polnischen Schulbuchkonferenzen war, ist jetzt auf zwei DIN-A 4-Seiten aufgelistet worden, wie die Empfehlungen in den deutschen Bundesländern behandelt werden. Bayern, Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein, die allesamt von der Union regiert werden, betrachten, wie es der Kieler Kultusminister Braun formuliert hat, die Empfehlungen nicht als geeignete Grundlage für die Konzeption von Schulbüchern. Auf der anderen Seite beurteilen die SPD-Länder Hamburg, Bremen, Hessen und Berlin die Empfehlungen ausgesprochen positiv. Nordrhein-Westfalens SPD/FDP-Regierung ist am weitesten gegangen und hat mit zwei Erlassen aus den Jahre 1976 und 1977 die Berücksichtigung der Schulbuchempfehlungen sogar zur Voraussetzung für die Zulassung neuer Unterrichtsmaterialien gemacht.

Der Trend, so sagt Wolfgang Jacobmeyer vom Georg-Eckert-Institut, läuft bundesweit auf die Beachtung der Empfehlungen zu. Die deutschen Verlage haben sich auf diese Entwicklung eingestellt, ja, sie mit

herbeigeführt. Das geschichtliche Arbeitsbuch „Die Reise in die Vergangenheit“, im angesehenen Georg-Westermann-Verlag erschienen, weist im Impressum aus, daß die Schulbuchempfehlungen in die Darstellung der deutsch-polnischen Beziehungen Eingang gefunden haben. Dasselbe gilt für den Band „Deutschland und Polen nach 1945“ aus dem renommierten Verlag Moritz Diesterweg, der den Lehrern Materialien für die Gestaltung einer Unterrichtseinheit für Schüler der neunten Klasse in die Hand gibt. Jacobmeyer weiß auch, daß selbst in Bayern schon Schulbücher zugelassen worden sind, die sich an den Schulbuchempfehlungen orientieren, und er meint im übrigen, bei der ganzen Diskussion solle doch nicht außer acht gelassen werden, daß Schulalltag und Schulwirklichkeit in der Bundesrepu-

blik nur zu einem Teil von den Schulbüchern, zu einem wesentlicheren Teil aber von anderen Materialien bestimmt werde.

Aber dies ist, so sagen etwas resignierend manche Fachleute, in Warschau wohl nicht so ohne weiteres zu verdeutlichen. Ob der harte Satz, die Polen wären zufrieden, wenn die Empfehlungen wortwörtlich in die Schulbücher übernommen würden, ein Körnchen Wahrheit enthält? Wichtiger als der Wortlaut der Empfehlungen ist es, daß deren Sinn und Inhalt umgesetzt wird. Und in der Bundesrepublik geht man, langsam vielleicht, aber zielstrebig diesen Weg. Warschau sollte dies anerkennen und nicht mit der Verweigerung des vorgesehenen Jugendaustauschs Sand in ein empfindliches Getriebe werfen. Den Schaden hätten beide, Polen und Deutsche.

HANNOVERSCHE ALLGEMEINE ZEITUNG

27. 10. 1979

Fördern nur SPD-Länder deutsch-polnische Schulbuchempfehlungen?

Konferenz des Georg-Eckert-Instituts / Parlamentsdebatten gefordert / „Geschichtsbücher überprüfen“

Tgn. BRAUNSCHWEIG, 9. September. Den deutsch-polnischen Schulbuchempfehlungen sollte mit einer guten Benotung durch die Kultusministerkonferenz an den Schulen und bei der Lehrerfortbildung in der Bundesrepublik mehr Geltung verschafft werden. Dies haben die bildungspolitischen Sprecher der SPD-Fraktionen in den Parlamenten von Bund und Ländern nach einer Konferenz im Braunschweiger Georg-Eckert-Institut für internationale Schulbuchforschung gefordert. Die Konferenzteilnehmer, die in dieser Woche nach Polen reisen wollen, bedauerten, daß die Schulbuchempfehlungen in einigen der von CDU und CSU regierten Bundesländer immer noch einer „teilweise polemischen Ablehnung“ begegneten. Nur in den Ländern unter der Regierungsverantwortung der SPD und SPD/FDP, so hieß es, hätten die Schulbuchempfehlungen bisher eine „angemessene Förderung und Unterstützung“ erfahren.

Die SPD-Politiker hielten es für notwendig, daß die Landtage der Länder, die die Schulbuchempfehlungen wegen Vorbehalten gegenüber einzelnen Formulierungen ablehnten, darüber Parlamentsdebatten führen sollten. Von den Kultusministern beziehungsweise Senatoren der Länder verlangten sie, die zuständigen Fachkonferenzen an den Schulen zu verpflichten — soweit noch nicht geschehen —, über die Schulbuchempfehlungen zu beraten. Zugleich wollen die SPD-Politiker darauf achten, daß in den Lehrerfortbildungsveranstaltungen der einzelnen Länder das Thema der deutsch-polnischen Verständigung und die diesbezüglichen Schulbuchempfehlungen regelmäßig erörtert werden. Mitarbeiter des Georg-Eckert-Instituts, unter dessen Federführung die Schulbuchempfehlungen nach fünfjähriger Arbeit deutscher und polnischer Wissenschaftler 1977 in 26

Kapiteln herausgegeben worden waren, sollten dabei mitwirken. Darüber hinaus forderten die Konferenzteilnehmer, daß die Kultusminister und -senatoren dafür sorgen sollten, daß vor der Genehmigung von Geschichts- und Geographiebüchern sowie von Atlanten geprüft werde, ob die Schulbuchempfehlungen angemessen berücksichtigt worden seien.

Nach Ansicht der SPD-Politiker sind die Schulbuchempfehlungen geeignet, historische Unkenntnis und Vorurteile abzubauen, die Voraussetzungen für gute Kontakte zwischen Jugendgruppen, Schulklassen und Kommunen beider Länder zu fördern und so den Prozeß der Normalisierung zwischen den Menschen in der Bundesrepublik und der Volksrepublik Polen weiter voranzutreiben. Von der niedersächsischen SPD-Opposition war erst vor kurzem angeregt worden, die Ergebnisse der deutsch-polnischen Schulbuch-Revisionen nicht nur Lehrern und Schülern, sondern auch den Reisenden nach Polen zu vermitteln. Viele Reiseführer und Bildbände in West und Ost, so hatte der Vorsitzende des Arbeitskreises Kulturpolitik der SPD-Landtagsfraktion in Hannover, Wernstedt, kritisiert, stammen noch heute, neun Jahre nach dem Warschauer Vertrag, aus der Zeit des „kalten Krieges“.

Vorbehalte gegen die deutsch-polnischen Schulbuchempfehlungen gründen sich vor allem auf einige unscharfe, vieldeutige oder lückenhafte Darstellungen der deutsch-polnischen Beziehungen. Der niedersächsische CDU-Landesvorsitzende, Minister Hasselmann, hatte als ein Beispiel dafür, daß die Schulbuchempfehlungen jedenfalls in Niedersachsen nicht zum Kriterium für die Genehmigung von Schulbüchern erhoben werden könnten, angeführt, daß die Vertreibung von Millionen Deutscher aus ihrer Heimat nach dem Zweiten Weltkrieg mit der Bezeichnung „Bevölkerungsverschiebungen“ apo-

strophiert wurde. „Solche Definitionen“, hatte Hasselmann gesagt, „werden den geschichtlichen Tatsachen nicht gerecht und sind für uns indiskutabel.“ Ungeachtet dessen waren die Schulbuchempfehlungen nach einem Landtagsbeschuß von Kultusminister Remmers allen Schulen in Niedersachsen zugesandt worden.

Das Schulbuchinstitut wird seit Oktober 1978 von Professor Jeismann, dem vormaligen Rektor der Pädagogischen Hochschule Westfalen-Lippe in Münster, geleitet, den Vorsitz im Kuratorium des Instituts, dem neunzehn Mitglieder angehören, hat gegenwärtig der ehemalige niedersächsische Ministerpräsident Kubel (SPD) inne. Kubel nahm auch an der Konferenz der bildungspolitischen SPD-Parlamentarier teil. Das Institut, dessen Zuwendungsbedarf für 1980 auf 1,2 Millionen Mark angesetzt ist (nach dem Entwurf des niedersächsischen Landesetats), erhält vom Bund (vom Auswärtigen Amt, von den Ministerien für innerdeutsche Beziehungen und für Bildung und Wissenschaft) alljährlich etwa 500 000 Mark an Projektmitteln.

Die Arbeit des Schulbuchinstituts, das zwanzig Mitarbeiter zählt, beschränkt sich nicht auf die deutsch-polnische Verständigung. Sie widmet sich dazu, wie der Institutsname besagt, der internationalen und insbesondere europäischen Schulbuchforschung. Eine große wissenschaftliche Tagung des Euro-parates und des Rates für kulturelle Zusammenarbeit, die im Dezember in Braunschweig stattfinden soll, wird zum Beispiel vom Schulbuchinstitut vorbereitet. Bei dieser Tagung, an der Vertreter von 22 Staaten teilnehmen werden, geht es um die Darstellung der Einigung Europas in den Schulbüchern der einzelnen Länder, Beobachter aus den Ostblockstaaten werden dazu erwartet.

FAZ 10.9.79

„Die schlimmsten Zeiten des kalten Krieges“

ba. WARSCHAU, 26. Februar. Als Verlautbarungen, die in ihrem Inhalt den Warschauer Vertrag zwischen der Bundesrepublik und Polen von 1970 überhaupt nicht zur Kenntnis nähmen „und in ihrem Ton die schlimmsten Zeiten des kalten Krieges in Erinnerung rufen“, hat die polnische Parteizeitung „Trybuna Ludu“ die Feststellung in einem in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung („Das östliche Deutschland in den Karten der Schulatlanten“ — F.A.Z. vom 9. Februar) veröffentlichten Artikel kritisiert, die Oder-Neiße-Linie sei „eine Grenze besonderer Rechtsqualität“, die sich daher von völkerrechtlich anerkannten Staatsgrenzen unterscheiden müssen. Schon zuvor hatte die polnische Zeitung „Zycie Warszawy“ an den jüngsten Veröffentlichungen in deutschen Zeitungen zur Landkartenfrage, an der vom Verband Deutscher Schulgeographen dazu im Berliner Reichstagsgebäude veranstalteten Arbeitstagung und an der Behandlung deutsch-polnischer Grenzen in den Schulatlanten der Bundesrepublik heftig Kritik geübt. Der Kommentar in „Trybuna Ludu“ stellt den verschiedenen Ansichten zur Behandlung des Grenzproblems in den verschiedenen Bundesländern — vom Festhalten an der Grenze von 1937 als der eigentlichen Grenze in Bayern bis zur Empfehlung, sie nur noch auf einer Gegenwartskarte in gestrichelter Linie zu verzeichnen, in Nordrhein-Westfalen — als das nach polnischer Ansicht einzig angemessene Verfahren die Verzeichnung allein der gegenwärtigen Grenzen „ohne jegliches Schmachten nach den Grenzen des ehemaligen Reiches“ entgegen. Auch alle gestrichelten und gepunkteten Verzeichnungen der Vorkriegsgrenzen seien eine Form der Negierung der Wirklichkeit und ein Anmelden territorialer Ansprüche.

FAZ
27.2.79

Trotz des Vertrages über die Normalisierung: Fälschungen in den Lehrbüchern der BRD

Im Normalisierungsprozeß der Beziehungen zwischen der VR Polen und der BRD stellt die Einführung der gemeinsam erarbeiteten Empfehlungen der Schulbuchkommission in Anbetracht der Erziehung der jungen Generationen einen äußerst wesentlichen Punkt dar. In Polen wurden sie in die Tat umgesetzt, in der BRD im Grunde genommen nicht.

Das Problem beruht nicht darauf, daß entsprechende Schritte der Behörden unternommen werden oder daß es an Ausführungsbestimmungen mangelt. Das betrifft auch die Lehrprogramme und den Inhalt der Lehrbücher, vor allem in Geschichte und Erdkunde, die in den westdeutschen Schulen gebräuchlich sind.

Leider werden in allen Schulen in der BRD unverändert und in der überforderten Mehrheit Lehrbücher verwendet, deren Inhalt im Widerspruch zu den Empfehlungen der Schulbuchkommission VRP — BRD steht. Diese Schulbücher wurden meistens in den sechziger Jahren bearbeitet. Die Richtlinien des Bildungsministeriums von 1956 für die sogenannte Ostkunde wurden formell aufgehoben. Trotzdem finden die Richtlinien über den „deutschen Osten“ in mehreren Ländern Anwendung. Sie bilden die Grundlage für den Unterricht im revisionistischen Geist, z.B. über die Beschlüsse des Potsdamer Abkommens.

Blättern wir einige Geschichts- und Erdkundebücher durch, die für das Schuljahr 1978/79 zugelassen wurden. Vergleichen wir ihren Inhalt mit den Empfehlungen der Schulbuchkommission.

Das Lehrbuch für die Geschichte des 20. Jahrhunderts „Zeiten und Menschen“ (herausgegeben von Schöffingh-Schridel, Paderborn, 1971) enthält kein Material über den Entspannungsprozeß in Europa, dessen wesentliches Element die Beziehungen zwischen der VR Polen und der BRD sind. Kurz gesagt: Seine Konzeptionen, die didaktischen und historischen, entsprechen politisch dem Geist des kalten Krieges.

Die Empfehlungen fanden auch keinen Niederschlag im Geschichtsbuch für die Jahre 1875 bis 1975 „Menschen in ihrer Zeit“ (herausgegeben von E. Klett, Stuttgart, 1976). Dieses Buch ist vom Geist des extremen Antikommunismus durchtränkt. Trotz der Empfehlungen (Punkt 20) über das Wesen der Vernich-

tungspolitik des faschistischen Okkupanten gegenüber dem polnischen Volk wird dieses Thema im Buch nur allgernein behandelt. Verschiedene Widerstandsbewegungen sowie der Beitrag der polnischen Streitkräfte am Sieg über den Hitlerfaschismus. Viel Raum wird dagegen den Erscheinungen des Widerstandes in Deutschland gewidmet. Im Text werden reванschistische Termini wie „Vertreibung“ gebraucht, die den Empfehlungen widersprechen. Er enthält Beschreibungen aus dieser Zeit, die von der Wirklichkeit abweichen und so konstruiert sind, um bei den Schülern antipolnische Gefühle zu wecken. Das heutige Polen wird zu den „Satellitenstaaten“ gezählt. Die Landkarten weisen auf den provisorischen Charakter der territorialen Potsdamer Beschlüsse hin und gehen von revisionistischen Standpunkten aus, daß das Reich in seinen Grenzen von 1937 besteht.

Ähnliche Vorbehalte sind gegenüber dem Lehrbuch „Spiegel der Zeiten“ (ausgegeben von M. Dieseweg, Frankfurt, 1976), anzumelden, obwohl Bemühungen sichtbar sind, die Empfehlungen über die polnisch-deutschen Beziehungen vor dem zweiten Weltkrieg zu berücksichtigen.

In diesem Buch wird ebenfalls von der „Vertreibung“ der deutschen Bevölkerung geschrieben. Bei der Beschreibung des Vertrags über die Normalisierung der Beziehungen zwischen der VRP und der BRD vom 7. Dezember 1970 wird der Kritik, die Franz Josef Strauß an den sogenannten Ostverträgen übte, der meiste Raum gewidmet.

Das Lehrbuch „Fragen an die Geschichte“ (Hirschgraben, Frankfurt, 1978) ist ein seltenes Beispiel für Veröffentlichungen, die Informationen über polnische Themen ausdehnen und gewisse Veränderungen in der Auslegung der polnisch-deutschen Beziehungen aufweisen und die Empfehlungen zum Teil berücksichtigen. Aber auch in diesem Buch fehlt es nicht an Formulierungen, die mit den Empfehlungen nicht im Einklang stehen. Man wendet reванschistische Termini an, macht falsche Angaben, spricht von einer angeblichen „deutschen Millionenminderheit“ in Polen usw.

Das Gleiche bezieht sich auf die Lehrbücher „Geschichtliche Weltkunde“ (Dieseweg, Frankfurt, 1976) sowie „Die Reise in die Vergangenheit“ (Westermann, Braunschweig, 1974). Obwohl der Verleger des letzten Werkes den Inhalt über den Normalisierungsvertrag anerkennend, verzichtete er nicht darauf, die Grenzen auf den Landkarten doppelt zu markieren. Derrücktem Vorgehen, ein Ausdruck des geographischen Revisionismus, kann

man in der BRD auf Schritt und Tritt begegnen, die Landkarte der Weltvorheresage im 2. Fernsehen eingeschlossen. Aber einen besonderen Niederschlag findet er in den Erdkundebüchern, für die die polnisch-westdeutsche Schulbuchkommission ebenfalls entsprechende Empfehlungen ausgearbeitet hat. Auch auf diesem Gebiet wurden sie nicht in die Tat umgesetzt.

Das Lehrbuch „Länder und Völker“ (E. Klett, Stuttgart, 1975) zeigt auf den Landkarten Polens doppelte Grenzen, wendet in bezug auf polnische Städte deutsche Bezeichnungen an und spricht über „Polen mit den ehemaligen deutschen Ostgebieten einschließlich“. Der Weltatlas von Westermann markiert die deutschen Grenzen vom 31.12.1937 mit einer unterbrochenen Linie.

Der Überblick zu Beginn des Jahres 1979 enthält nur einige, aber wichtige Schulbücher. Es muß unterstrichen werden, daß der Inhalt und die tendenziöse Auslegung der Geschichte und Erdkunde in den westdeutschen Schulbüchern den Forderungen, die in den Empfehlungen enthalten sind, nicht gerecht werden. Diesen Vorwurf kann man auf fast alle westdeutschen Verlage dieser Art ausdehnen. Mehr oder weniger sichtbare Änderungen in neueren Lehrbüchern herrschen eigentlich nur darauf, daß über Polen bzw. die Beziehungen zwischen unseren Ländern mehr informiert wird. Nur in Einzelfällen kann von Versuchen die Re-

de sein, die Empfehlungen zu berücksichtigen.

Seit der Unterzeichnung des Vertrags über die Normalisierung der Beziehungen zwischen der VRP und der BRD sind acht Jahre vergangen, seit der Unterzeichnung des Abkommens über die kulturelle Zusammenarbeit zweieinhalb Jahre. In Art. 4 dieses Abkommens heißt es, daß beide Seiten danach streben werden, daß die Empfehlungen der gemeinsamen Schulbuchkommission berücksichtigt werden. In einem ähnlichen Geist sind entsprechende Punkte in Kommuniqués formuliert, die von westdeutschen Politikern zum Abschluß von Treffen mit polnischen Staatsmännern unterzeichnet worden sind. Die Verwirklichung der Empfehlungen fand einen bindenden Ausdruck in allen Erklärungen, die nach Gesprächen des Ersten Sekretärs des ZK der PVP Edward Gierek und des Bundeskanzlers Helmut Schmidt am 11. Juni 1976 in Bonn und erneut am 23. November 1977 in Warschau veröffentlicht worden sind.

In unserem Land wurden diese Empfehlungen verwirklicht. In der BRD ist die Realisierung fast auf einem toten Punkt geblieben. Es ist höchste Zeit, daß kompetente Gremien und politische Stellen in der BRD Maßnahmen ergreifen, die die Unterbrechung dieser Stockung zum Ziel haben und einen Prozeß einleiten, mit dem die Befehlungen in die erzieherische Praxis eingeführt werden.

JANUSZ MOSZCZENSKI
(„Trybuna Ludu“)

17.3.79

Warschau rügt neue deutsche Lehrbücher

„Tendenziöse Interpretation der Geschichte und der Geographie“

ba. WARSCHAU, 13. Februar. Unter der Überschrift „Schulbuch-Unwahrheiten in der Bundesrepublik Deutschland“ hat die polnische Parteizeitung „Trybuna Ludu“ in einem Artikel aus Bonn ihre Kritik an der mangelnden Verwirklichung der gemeinsamen deutsch-polnischen Schulbuchempfehlungen in der Bundesrepublik wieder aufgenommen. Während bisher die polnische Unzufriedenheit den eher formalen Punkt betraf, daß die Mehrzahl der Bundesländer die gemeinsamen Empfehlungen nicht zu verpflichtenden Kriterien für die Zulassung von Schulbüchern gemacht hätten, wird diesmal unmittelbar der Inhalt der neuesten Auflagen der gebräuchlichsten Lehrbücher gerügt. Sowohl der Inhalt als auch die „tendenziöse Interpretation der Geschichte und Geographie“, die in den westdeutschen Lehrbüchern geboten würden, entsprächen nicht den in den Empfehlungen enthaltenden Postulaten. „Diesen Vorwurf kann man auf fast alle westdeutschen Verlage dieses Typs ausdehnen. Die mehr oder weniger sichtbaren Veränderungen, die in den neuesten Schulbuchausgaben gemacht wurden, beruhen eigentlich allein auf dem quantitativen Zuwachs an Information über Polen beziehungsweise über die Beziehungen zwischen unseren Ländern. Nur in vereinzelten Fällen kann man von Versuchen sprechen, die Empfehlungen zu berücksichtigen.“ Im Kulturabkommen von 1976 und verschiedenen gemeinsamen Communiqués und Erklärungen hätten sich aber beide

Seiten verpflichtet, auf eine Berücksichtigung der Empfehlungen in ihren Ländern hinzuwirken. „In unserem Land“, heißt es am Schluß, „sind diese Empfehlungen verwirklicht worden. In der Bundesrepublik aber ist ihre Verwirklichung fast vollständig am toten Punkt steckengeblieben.“

Die Vorwürfe, die gegen einzelne, mehrere oder fast alle Geschichts- und auch „Geographielehrbücher großer Schulbuchverlage vorgebracht werden, sind: Einzeichnung der deutsch-polnischen Vorkriegsgrenze auf Landkarten mit gestrichelter Linie und anderes, was die endgültige Zugehörigkeit der ehemaligen deutschen Ostgebiete zu Polen als integraler nicht unterschiedener Bestandteil dieses Staates in Frage stellt; Verwendung des Begriffs „Vertreibung“ für die Aussiedlung der Deutschen bei und nach Kriegsende. Kritisiert werden auch: oberflächlich andeutende Behandlung der nationalsozialistischen Ausrottungspolitik gegenüber den Polen. Nichterwähnung der polnischen Widerstandsbewegung, Vernachlässigung des Entspannungsprozesses, von dem die Beziehungen Polen-Bundesrepublik ein wesentliches Element seien, Geist des „kalten Krieges“ und des „Antikommunismus“, Zurechnung Polens zum „Gürtel der Satellitenstaaten“. Bei einigen der im einzelnen behandelten Schulbücher wird teilweises Bemühen um Verwirklichung der Empfehlungen anerkannt, doch als noch unzureichend beurteilt.

FAZ 14.2.79

„Grenze mit völkerrechtlicher Qualität“

Frowein referiert vor deutschen Schulgeographen

Lgn. NÜRNBERG, 11. Februar. Der „Verband Deutscher Schulgeographen“ hat auf einer Arbeitstagung im Berliner Reichstagsgebäude die Darstellung der deutschen Grenzen in Schulatlanten erörtert. Nachdem er auf dieser Tagung den Bielefelder Völkerrechtler Frowein hinzugezogen hatte, wird er sich voraussichtlich dazu entschließen, auch einen anderen Völkerrechtler zu hören, um die Gegenmeinung kennenzulernen. Geschäftsführer Waldau will dem Vorstand des Verbandes bei der Sitzung Anfang Juni in Göttingen einen entsprechenden Vorschlag unterbreiten. Der Verband — so Waldau — könne sich nicht Froweins Meinung zu eigen machen, wenn er Schwierigkeiten mit dem bayerischen Kultusministerium und den Kultusministerien der von der CDU regierten Bundesländer vermeiden wolle. „Die Schulbuchverlage würden sich sonst mit ihren Atlanten aus diesen Ländern hinauskatapultieren“, sagte Waldau.

Obwohl die Veranstaltung im Berliner Reichstagsgebäude öffentlich war und der „Verband Deutscher Schulgeographen“ Journalisten zur Teilnahme eingeladen hatte, versuchte Professor Frowein im Anschluß an seinen Vortrag, dem Korrespondenten dieser Zeitung Auflagen zu erteilen. Der Völkerrechtler, der sich in seinem Referat kritisch mit der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zu Deutschland auseinandergesetzt hatte, drohte juristische Schritte für den Fall an, daß der Korrespondent aus dem Redemanskript zitiert würde. „Sie haben sofort eine Klage im Haus“, bemerkte Frowein, der auch Mitglied des völkerrechtlichen Beirats des Auswärtigen Amtes in Bonn ist. Für den Fall einer Berichterstattung verlangte er die Veröffentlichung des gesamten, nahezu 15 Schreibmaschinenseiten umfassenden Manuskripts.

Frowein referierte über das Thema „Die deutschen Grenzen in völkerrechtlicher Sicht“. In seiner Würdigung der Rechtslage an der Oder-Neiße-Grenze sagte er, es wäre eine gefährliche Illusion, „wenn wir die völkerrechtliche Beurteilung jeweils nur unter dem Blickwinkel der Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts vornehmen

würden“. Das Bundesverfassungsgericht sei das oberste deutsche Gericht, „das naturgemäß völkerrechtliche Verträge niemals wie ein internationales Gericht mit Wirkung für beide Parteien auslegen“ könne. Solange Friedensvertragsverhandlungen nicht eingeleitet seien, bestehe im Hinblick auf den Warschauer Vertrag für die Bundesrepublik „die aus dem völkerrechtlichen Vertrag eindeutig folgende Verpflichtung, die Gebiete östlich von Oder und Neiße als polnisches Staatsgebiet anzusehen“.

Der Bielefelder Völkerrechtler nahm auch Stellung zu der Frage, wie die Oder-Neiße-Grenze in Schulatlanten darzustellen sei. Er ist der Meinung, daß mit der heutigen völkerrechtlichen Lage allein eine Grenzeintragung vereinbar sei, „die die Oder-Neiße-Grenze klar als westliche Staatsgrenze Polens erkennbar macht“.

Bei der Grenze zwischen der Bundesrepublik und der DDR, so Frowein, dürfte man nicht darüber im unklaren sein, daß „diese Grenze auch eindeutig eine völkerrechtliche Qualität“ habe. Die Linie sei „eine völkerrechtliche Grenze zwischen zwei unabhängigen Völkerrechtssubjekten“.

Dazu bemerkte das Bundesverfassungsgericht in seiner Entscheidung zum Grundlagenvertrag: „Für die Frage, ob die Anerkennung der Grenze zwischen den beiden Staaten als Staatsgrenze mit dem Grundgesetz vereinbar ist, ist entscheidend die Qualifizierung als staatsrechtliche Grenze zwischen zwei Staaten, deren ‚Besonderheit‘ ist, daß sie auf dem Fundament des noch existierenden Staates ‚Deutschland als Ganzes‘ existieren, daß es sich also um eine staatsrechtliche Grenze handelt ähnlich denen, die zwischen den Ländern der Bundesrepublik Deutschland verlaufen.“ Auf Landkarten solle man Froweins Auffassung die Grenze zwischen den beiden Staaten in Deutschland völkerrechtlich als Grenze behandeln und auch so eingetragen werden. Dabei sei aber auch das besondere völkerrechtliche und staatsrechtliche Verhältnis zwischen der Bundesrepublik und der DDR zu beachten und deutlich zu machen.

FAZ 12.2.79

ERZIEHUNG FÜR DEN FRIEDEN

- Herr Minister, 1974 hat der Erste Sekretär der PVAP, Edward Gierek, in der UNO den Vorschlag zur Erziehung der jungen Generationen für den Frieden unterbreitet. Vor einigen Wochen wurde der UNO-Vollversammlung von der polnischen Delegation ein Dokumententwurf vorgelegt, diese Idee zu einer internationalen Rechtsnorm werden zu lassen. Dies ist keineswegs die erste Friedensinitiative Polens. Es erhebt sich also die Frage, warum eben Polen so hartnäckig nach Garantien für den Frieden verlangt, ist dieses Problem doch allgemein wichtig. Liegt doch den meisten Menschen am Frieden...

- Sie haben eben gesagt, daß am Frieden den meisten Menschen gelegen sei, und meines Erachtens trifft das zu, wenngleich es nicht jedem aus demselben Gesichtspunkt darum und in demselben Maße geht. Ganz anders ist die Haltung eines Menschen und Volkes gegenüber dem Frieden, das den Krieg nicht mit durchgemacht hat und ganz anders wiederum derjenigen, die seine Grausamkeit schmerzlich am eigenen Leib verspürt haben. Es ist allgemein bekannt, daß eben Polen im Zweiten Weltkrieg die größten biologischen und materiellen Verluste erlitten hat. In den ersten Nachkriegsjahren machten die Trümmerhaufen in vielen polnischen Städten auf alle einen erschütternden Eindruck. Heute sind die Spuren der Zerstörungen kaum noch zu finden, aber einen erschütternden Anblick bieten noch immer die polnischen Friedhöfe, insbesondere am 1. November, dem Allerheiligentag. Dort wird besonders sichtbar, daß die menschlichen Verluste ganz und gar nicht vergessen wurden. Die toten Opfer des Zweiten Weltkrieges leben stets in unserer Erinnerung und eben das gibt Polen das moralische Recht, in der großen Sache des Friedens stets das Wort zu ergreifen. Dieses Recht verleiht uns ebenfalls das Bild des heutigen Polen, ein Bild, das ein beredtes Zeugnis davon gibt, was man durch friedliche Arbeit erreichen kann. Das Streben nach Frieden ist ein Fundament, auf dem Polen seine Außenpolitik und sein Erziehungssystem aufbaut.

- Bezieht sich dieses Erziehungssystem ausschließlich auf die Schule oder auf das ganze Leben?

- Ich meine es allgemein. Die Familienerziehung - denn Sie haben sicherlich das im Sinn - hat selbstverständlich einen freien Charakter. Niemand zwingt den Müttern und Vätern weder Ideale noch Erziehungsmethoden auf. Bedenken Sie aber, daß es in Polen nicht eine einzige polnische Familie gibt, die im Krieg nicht einen ihrer Nächsten verloren hätte. Wie könnte es anders sein, als daß man den Krieg in jeder Familie als einen Fluch betrachtet. Aufgrund dessen, wie

geformt die Kinder zum Kindergarten und zur Schule kommen, kann ich mit voller Überzeugung feststellen, daß jede polnische Familie ihre Kinder im Geiste des Friedens, der Freundschaft, Toleranz und Sicherheit, im Sinne des Aufbaus und nicht der Zerstörung erzieht. Die Bildungseinrichtungen ihrerseits sowie alle anderen Einrichtungen entwickeln und festigen diese Erziehungsrichtung mit den ihnen eigenen und dem Alter der Jugendlichen angepaßten Methoden.

- Was bedeutet das konkret?

- Ich will hier nicht vom Verbot jeglicher Kriegspropaganda sprechen, da, wenngleich solch ein Verbot besteht, es sie in Polen ohnehin nicht geben könnte. Ich will hier auch nicht darüber sprechen, daß in der Presse, im Rundfunk, Fernsehen, Kino und Büchern keinerlei Inhalte gebracht werden dürfen, die die gute internationale Atmosphäre verletzen. Um nun zur Schulerziehung zurückzukommen - um Ihre Frage konkret beantworten zu können, müßte ich hier ganze Ausschnitte aus Lehrbüchern und -plänen anführen. Ich möchte dies anders sagen. Alle unsere Schulbücher und Lehrpläne, insbesondere in den Fächern Geschichte, Geographie, politische Erziehung, Geschichte der Literatur, enthalten solche Inhalte und Empfehlungen und werden so dargestellt, daß niemand - kein Volk, kein Staat ihnen von seinem Standpunkt aus etwas vorwerfen kann. Die darin enthaltenen Wahrheiten sind objektiv, frei von jeglichem Chauvinismus, der Apotheose der Gewalt in allen ihren Formen, Feindseligkeiten gegenüber anderen, jeglichem Revanchismus usw. Es kommt aber durchaus vor, daß in anderen Ländern herausgebrachte Lehrbücher und -mittel die Wahrheit über Polen und unser Volk oder über andere Länder und Völker einstellen, die internationalen Beziehungen verletzen. Ich hoffe aber, daß noch eine Zeit kommen wird, da auch diese Relikte aus der Vergangenheit wie viele andere als veraltet verworfen werden.

- Herr Minister, ist es eben den Prinzipien unseres Erziehungssystems zu verdanken, daß in unseren Spielzeuggeschäften das im Westen so gern angebotene "Kriegsspielzeug" nicht zu kaufen ist?

- Ja. Ähnliches Spielzeug gab es, gibt es und ich glaube, wird es in polnischen Spielzeuggeschäften nie geben. In Polen wurde hingegen das in der Welt einmalig dastehende Büchlein "Das ist Polen. Was ist das Polen?" herausgebracht. Es ist ausschließlich aus Kindertexten und -zeichnungen aufgebaut. Sehen Sie es sich bitte an. Träumen die polnischen Kinder vom "Kriegsspielen"? Für mich ist das der gewaltigste Appell für den Frieden und zugleich die schönste Friedensgeschichte.

- Doktor Janusz Korczak wäre glücklich gewesen, hätte er sich das ansehen können.

- Ja, sicherlich. Dieser große Pädagoge, Schriftsteller und Humanist, dessen 100. Geburtstag die ganze Welt dieses Jahr begeht, wäre glücklich gewesen, weil er selbst, der seine Kinder bis zu ihrem Tod nicht verlassen hat, am besten gewußt hat, wie grausam der Krieg ist. Bis zu Ende hütete er seine Kinder

vor dem Bewußtsein, daß sie in die Gaskammer gehen werden, er ließ sie an das Gute, die Freundschaft und die menschlichen Gefühle glauben. Und seine Kinder glaubten daran. In der Zwischenkriegszeit, kurz nachdem Polen seine Unabhängigkeit zurückerlangt hatte, verkündete er sein Erziehungscredo "Das Kind soll nicht erst ein Mensch werden, sondern ist bereits einer". Und dieses Credo leuchtet heute der sozialistischen Schule voran. Dies ist ein tief humanitäres Prinzip.

- Wir erziehen die jungen Generationen für den Frieden, aber zugleich erzählen wir ihnen in verschiedener Form über den Krieg. Glauben Sie nicht, daß diese in erster Linie im Film verbreitete Richtung mit der allgemeinen Erziehungsrichtung etwas in Konflikt gerät?

- Nein, dies ist hier ganz und gar nicht der Fall! Der Zweite Weltkrieg ist eine Tatsache, die sich weder aus Chroniken, noch dem Gedächtnis streichen läßt. Es besteht kein Grund dafür, eben diese Zeit aus der polnischen und der Weltgeschichte zu verschweigen. Im Gegenteil - man sollte darüber als Mahnung sprechen. Das ist die eine Seite dabei. Das andere Problem dabei beruht darauf, daß man alles sagen kann, wichtig ist nur, wie das gemacht wird, beeinflußt doch die Art und Weise die Ziele, die man hierbei erreichen möchte. Wissen Sie, was mir auffällt, wenn ich einen westlichen Durchschnittsfilm über den Krieg mit einem polnischen vergleiche? Meiner Meinung nach wirken die westlichen Filme auf die Vorstellungskraft der Zuschauer allzuoft hinreißend, während die polnischen Filme niederdrückend wirken. In letzteren erinnert der Krieg nicht an einen sportlichen Wettbewerb von gutgekleideten und entsprechend ausgerüsteten Supermen, sondern wurde zu einer den Polen aufgezwungenen Notwendigkeit, ihr Leben zum Schutz der Existenz zu opfern. Und nicht das erste, sondern das zweite Bild des Krieges wirkt in Polen überzeugend. Der Krieg als ein Abenteuer regt nur eine Welle auf, und der Krieg als ein Drama (wie z.B. in "Kanal", "Die Passagierin" oder auch "Bis zum letzten Blutstropfen") hinterläßt bleibende Spuren im menschlichen Gedächtnis. Das beste Zeugnis dafür ist die freiwillige Fürsorge, mit der die Kinder die Gedenkräume für die Heimatsgeschichte umgeben.

- Messen Sie ihnen, Herr Minister, eine große Bedeutung als Element der Erziehung im Geiste des Friedens bei?

- Sogar eine gewaltige Bedeutung! Dies ergibt sich aus dem engen Zusammenhang der Erziehung mit den Erkenntnisprozessen. Seit Jahrhunderten verlaufen diese Prozesse wie folgt: vom Bekannten zum Unbekannten, vom Naheliegenden zum Weitentfernten. Die Erziehung in der Achtung für die nahe und eigene Vergangenheit führt zum Verständnis und Achtung für Interessen und Anschauungen anderer, entfernter Menschen. Mit den Jahren lernt das Kind, daß wenn wir über die Notwendigkeit der Erhaltung des Friedens sprechen, wir ihn nicht nur für Polen und die Polen, sondern für alle wünschen; wenn von der Toleranz die Rede ist, dann nicht nur für uns, sondern auch für andere; wenn wir von der Freundschaft sprechen, dann nicht nur mit unseren Nächsten, sondern auch mit allen Menschen

ungeachtet aller Unterschiede. Beim Gedanken an den Frieden will ihn jeder Pole nicht nur für sich selbst sondern für alle Menschen.

- Wenn die Idee der Erziehung für den Frieden weit verstanden wird, als Erziehung nicht nur im Geiste der Sicherheit, sondern auch der Freundschaft, Toleranz, Achtung für andere Menschen und ihre Werte, wird leicht ersichtlich, daß diese Idee der polnischen Pädagogik nicht nur seit einigen zig Jahren, sondern sogar seit Jahrhunderten naheliegt.

- Sie haben recht. Ich kann mich an keine für Polen verbindliche pädagogische Doktrin erinnern, die entgegengesetzte Losungen, vom Haß, der Intoleranz, dem Eroberungsdrang und der Rache verbreitet hätte. Polen war immer eine Zufluchtsstätte für Menschen aus anderen Ländern, die für ihre Meinung, Religion, politischen Anschauungen und Rasse verfolgt wurden. Die Ideen der Freundschaft und Toleranz haben in der Vergangenheit in den Dokumenten des ersten Bildungsministeriums in Europa, der Kommission für Nationale Edukation den vollsten Niederschlag gefunden, die vor reichlich 200 Jahren ins Leben gerufen worden war. Und diese Traditionen wie viele andere, die gepflegt werden sollten, überliefern wir der jungen Generation.

- Einerseits erziehen wir also die Jugendlichen im Geiste des Friedens und warnen sie vor dem Krieg, andererseits aber zeigen wir ihnen, wieviel dank dem Frieden erzielt werden kann, zum dritten pflegen wir die der Tradition des polnischen Volkes entspringenden Weltanschauungen. Wie bewährt sich, Ihrer Meinung nach, dieses ganze Erziehungssystem?

- Ich wünschte mir, daß alle anderen Erziehungsmaßnahmen genauso wirksam wären und daß die polnischen Errungenschaften hierin ein Vorbild für andere Erziehungssysteme werden. In der Schularbeit und allgemeiner gesehen, in der Erziehungsarbeit der jungen Generationen werden wir uns immer vom Grundsatz leiten: Mögen alle mit unserer Arbeit zufrieden sein, bleiben wir aber stets damit unzufrieden. Dies ist für den weiteren Fortschritt unerlässlich, ohne den die Erziehung unvorstellbar ist.

- Herr Minister, ich danke Ihnen für das Gespräch.

Das Gespräch führte: Tomasz Jezioranski

EUGENIUSZ KUŁAGA

Der stellvertretende Außenminister
der VR Polen gegenüber einem Ver-
treter der PAI

Deklaration über die Erziehung
im Geiste des Friedens

ZUM WOHL DER HEUTIGEN UND KÜNFTIGEN GENERATIONEN

- "Herr Minister, die Annahme des polnischen Entwurfes der Deklaration über die Erziehung der Völker im Geiste des Friedens in den Vereinten Nationen haben Millionen Polen mit großer Genugtuung aufgenommen und sie stieß auch auf Zufriedenheit bei der Weltöffentlichkeit. Wir möchten Sie nun um eine Bewertung der Bedeutung dieses wichtigen Ereignisses unter der besonderen Berücksichtigung der sich aus dieser beschlossenen Deklaration ergebenden Schlußfolgerungen.

Beginnen wir vielleicht damit, noch einmal daran zu erinnern, wie es zu dieser polnischen Initiative kam, und sprechen wir über die Absichten, die damit verfolgt wurden."

- "Der Gedanke, alle Staaten sollten ihre Völker bewußtseinmäßig im Geiste des Friedens erziehen, wurde vom Ersten Sekretär des Zentralkomitees der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei, Genossen Edward Gierek, in seiner Rede am 10. Oktober 1974 vor den Vereinten Nationen vorgetragen.

Der Gang der Ereignisse in den letzten Jahren hat die Aktualität dieses Gedankens, wie er vom polnischen Spitzenpolitiker vorgetragen wurde, bestätigt. Gleichzeitig wurde auch sichtbar, daß unbedingt ein umfangreiches Aktionsprogramm zur endgültigen Beseitigung von Aggression und Krieg aus dem internationalen Leben in Angriff genommen werden müsse. Daher waren wir auch der Ansicht, daß dieser Gedanke als politische Komplexinitiative entwickelt werden muß. Als wir diese Initiative im September vergangenen Jahres der 33. UNO-Vollversammlung unterbreiteten, wiesen wir u.a. darauf hin, daß sie sich aus Polen gegenwärtiger Sorge darum ergebe, daß zur Zeit Schwierigkeiten bei der Vertiefung der Zusammenarbeit, der Entspannung und auf dem Wege zu neuen Abrüstungsverträgen auftauchen. Unsere Initiative ist ein Ausdruck für unsere Überzeugung, daß es angesichts der Bedrohung der internationalen Sicherheit, vor allem durch das verstärkte Wettrüsten, unbedingt notwendig sei, noch aktiver und auf zahlreichen Ebenen alles zur Sicherung der Unumkehrbarkeit des Friedens zu tun. Diese Notwendigkeit ist um so größer, da wir trotz allen Fortschritts in der Entspannung und der internationalen Zusammenarbeit es nach wie vor in zahlreichen Ländern mit Inhalten zu tun haben, die im krassen Widerspruch zu den Prinzipien der friedlichen Koexistenz stehen.

Polens Initiative, die sich aus den besten Traditionen des polnischen Volkes und den tragischen Erfahrungen aus unserer Geschichte ableitet, drückt unseren aufrichtigen Wunsch aus, unserem eigenen Volk und den anderen Völkern die Möglich-

keit eines Lebens in Frieden und für ihre Entwicklung dauerhaft zu gewährleisten. Darin besteht auch die universelle Dimension der Deklaration, die nachdrücklich bestätigt, daß jedes Volk und jeder Mensch das absolute Recht darauf hat, in Frieden zu leben, und daß die Achtung dieses Rechtes im gemeinsamen Interesse der gesamten Menschheit liegt."

"Worin bestehen die wichtigsten Ziele der Deklaration, worin auch ihre Hauptinhalte?"

- Ich glaube, daß der Ausgangspunkt der Deklaration durchaus treffend und knapp das Anliegen mit dem Zitat wiedergegeben wird, wie es seinerzeit die Schöpfer des UNO-Systems formuliert haben und zwar, "da die Kriege in den Hirnen der Menschen beginnen, muß also auch die Erhaltung des Friedens in den Köpfen aufgebaut werden". Damit wird darauf hingewiesen, daß alles daran zu setzen ist, Stereotypen der Feindseligkeit und fehlender Verständigung zwischen den Völkern zu beseitigen, sämtliche Formen des Rassenhasses, des Chauvinismus und der Kriegshetze auszuschalten, dafür Toleranz herauszubilden, die Völker untereinander mit Geschichte und Kultur vertraut zu machen. Mit anderen Worten, es geht um die Gestaltung von entsprechenden psychischen Grundlagen, um den Aufbau einer dauerhaften Infrastruktur für den Frieden im Bewußtsein der Völker als besten Garanten für dessen Unumkehrbarkeit.

Das Kernstück der Deklaration ist ein feierlicher Aufruf an alle Staaten, sich in ihren Aktivitäten davon leiten zu lassen, die Erhaltung, Unantastbarkeit und Vertiefung eines gerechten und dauerhaften Friedens für die gegenwärtigen und künftigen Generationen als oberstes Gebot und als Notwendigkeit anzuerkennen.

Selbstverständlich ist hierbei die umfassend verstandene Erziehung der jungen Generationen besonders bedeutsam. Daher auch das Gewicht, daß wir denjenigen Forderungen in der Deklaration beimessen, die gewährleisten sollen, daß sowohl die Erziehungsprozesse als auch die Massenmedien nur Inhalte entsprechend den Prinzipien und Zielen dieser Deklaration vermitteln.

Die Deklaration geht jedoch noch weit darüber hinaus. Sie enthält das Problem der Erziehung für den Frieden in seiner Gesamtheit und auf vielen Ebenen, ergänzt ganz wesentlich die UNO-Resolutionen und -Deklarationen zum Weltfrieden und zur internationalen Sicherheit. Einerseits verweist die Deklaration auf die Hauptursachen für die Bedrohung des Friedens, andererseits formuliert sie ein positives Aktionsprogramm, das u.a. darauf hinweist, daß jeder Staat seine allseitige, gegenseitig vorteilhafte und gleichberechtigte politische, wirtschaftliche und kulturelle Zusammenarbeit mit anderen Staaten entwickeln solle und das unabhängig von deren sozialökonomischen Systemen.

Die angenommene Deklaration paßt genau in all die Bemühungen der Sozialistischen Staatengemeinschaft und einer Reihe von anderen Staaten zur Festigung der internationalen Sicherheit, zur Festigung des Entspannungsprozesses und zur Schaffung eines Klimas des Vertrauens, da sich wiederum günstig auf die Entwicklung

der friedlichen Zusammenarbeit auswirkt sowie, was ja gerade zum gegenwärtigen Zeitpunkt besonders wichtig ist, zur Schaffung von solchen Bedingungen, die dem Wettrüsten Einhalt gebieten und Fortschritte bei der Abrüstung erreichen lassen."

- "Die Annahme der Deklaration wurde allgemein als erheblicher Erfolg der polnischen Diplomatie bewertet. Was war für diesen Erfolg ausschlaggebend?"

"Von grundlegender Bedeutung war natürlich ihre politische Tragfähigkeit und das moralische Gewicht unseres Gedanken, der ja den Bestrebungen aller Völker der Welt entgegenkommt.

Die Vertreter von zahlreichen Staaten verwiesen darauf, daß die Deklaration ein überaus bedeutsamer Akt sei und der Vorsitzende der 33. UNO-Vollversammlung stellte fest, ihre Annahme stelle einen Meilenstein in der Arbeit dieser Organisation dar. Allgemein wurde unsere Initiative als wichtiger Bestandteil weit verstandener Bemühungen zur Gestaltung einer friedlichen Infrastruktur der Welt und zur Beseitigung von Konfliktherden für Kriege bewertet. Betont wurde auch der zutiefst humanistische Sinn unserer Initiative, die in engem Zusammenhang mit der Verwirklichung der Grundziele der UNO steht.

Auch die Tatsache, daß für die Deklaration 139 Delegationen stimmten und es keine einzige Gegenstimme gab, spricht politisch für sich.

Keine geringe Bedeutung hatte hierbei übrigens die kollektive Anstrengung der Vertreter Volkspolens in den Vereinten Nationen und in zahlreichen Hauptstädten, die erklärende Unterredungen und Konsultationen mit Vertretern anderer Staaten führten. Bei diesen Konsultationen konnten wir eine Reihe von interessanten Hinweisen und Vorschlägen sammeln, die wir dann in der Endfassung unseres Entwurfes berücksichtigt haben. Das sollte zusätzlich noch die so umfassende Unterstützung für die Deklaration beeinflussen. Den Delegationen der 27 Staaten, die zum Mitverfasser der polnischen Initiative wurde, und auch all denjenigen, die bei der Redigierung des endgültigen Wortlautes der Deklaration ihren konstruktiven Beitrag leisteten bzw. sie unterstützten möchte ich meine aufrichtige Anerkennung und meinen Dank aussprechen.

Ich möchte hier auch noch an den Sejm-Beschluß der VRP vom 21. Dezember 1978 erinnern, in dem ja die Genugtuung über die Annahme der Deklaration in der UNO zum Ausdruck kommt und der gleichzeitig die Parlamente in aller Welt auffordert, sich bei ihrer komplexen Erfüllung anzuschließen."

"Welche konkreten Schlußfolgerungen ergeben sich nun in der Praxis für die Zukunft aus der angenommenen Deklaration?"

"Die Deklaration formuliert nicht nur eindeutig die Prinzipien und Ziele, sondern auch ein Maßnahmenprogramm auf vielen Ebenen zu ihrer Verwirklichung. Hierbei handelt es sich natürlich um ein Rahmenprogramm, in denen lediglich die Hauptrichtungen für derartige Maßnahmen, vorgezeichnet sind. Es mit konkretem Inhalt zu erfüllen, ist bereits die moralische Pflicht aller Regierungen und internationaler Organisationen, an die sich ja die Deklaration wendet.

Bekanntlich fordert die Deklaration alle Staaten dazu auf, ständig und konsequent dahingehend zu wirken, damit gewährleistet wird, daß die Schritte zu ihrer Verwirklichung, dabei auch in der Erziehung und den Lehrmethoden, ebenso auch die Massenmedien, nur Inhalte verbreiten, die der Erziehungsaufgabe von ganzen Völkern, besonders der jungen Generationen im Geiste des Friedens entsprechen. Insbesondere geht es hierbei darum, Rassenhaß, nationale Diskriminierung, Ungerechtigkeit und die Verherrlichung von Gewalt und Krieg auszuschalten und ihnen entgegenzuwirken. Die Deklaration fordert auch dazu auf, die verschiedenen Formen der bi- und multilateralen Zusammenarbeit zur Unterstützung bei der Erziehung der Völker im Geiste des Friedens zu entwickeln.

Außerdem empfiehlt die Deklaration den entsprechenden regierungsamtlichen und anderen Organisationen, mit den geeigneten Maßnahmen zu ihrer Erfüllung zu beginnen und verweist darauf, unbedingt die Arbeit der Regierungen, der UNO und anderer internationaler Organisationen, besonders der UNESCO zur vollständigen Erfüllung der Prinzipien der Deklaration, zu koordinieren.

Die Deklaration über die Erziehung der Völker im Geiste des Friedens reicht damit also weit in die Zukunft. Entsprechend den Notwendigkeiten regt sie zur Zusammenarbeit nicht nur für heute, sondern auch für die nächsten Jahre, ja, sogar die nächsten Jahrzehnte an. Doch soll die Tatsache, daß es sich bei der Erfüllung der Deklaration um einen langwierigen Prozeß handelt, keineswegs bedeuten, daß der Beginn für diesen Prozeß hinausgeschoben werden darf. Bei all dem, worum wir kämpfen, steht ja zu viel auf dem Spiel, als daß man es sich leisten könnte, in dieser Hinsicht nachlässig zu sein.

Was Polen betrifft, so spiegeln die Forderungen in der Deklaration bereits den tatsächlichen Stand in der Praxis unseres Landes wider. Selbstverständlich werden wir exakt und allseitig alle Punkte in der Deklaration erfüllen. Das ergibt sich schon aus unserer tiefen Friedensliebe, aber ebenso auch aus den Grundzielen der Gesellschaftsordnung Polens als sozialistischem Staat.

Mit der Annahme wird Polen selbstverständlich nicht aufhören, auf diesem Gebiet weiterhin im internationalen Leben aktiv zu sein. Vielmehr wurde damit eine neue Etappe für uns eingeleitet. Polen wird alles sowohl auf internationaler Ebene als auch in den bilateralen Beziehungen daran setzen, um der Deklaration über die Erziehung der Völker im Geiste des Friedens konkrete Gestalt zu verleihen und damit gleichzeitig beizutragen zur Erhaltung und Festigung des Friedens für die gegenwärtigen und künftigen Generationen."

Das Interview führte Małgorzata Wasilewska

Indem Polen in der UNO ein wichtiges Instrument zur Gewährleistung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit sieht, hat es sich in die Tätigkeit dieser Organisation von Anbeginn ihres Bestehens aktiv eingeschaltet.

Ich erinnere daran, daß der Vertreter unseres Landes, als er am 5. Oktober 1945 seine Unterschrift unter die Charta der VN setzte, erklärte, daß "... die polnische Regierung das in der Charta der Vereinten Nationen verankerte System der kollektiven Sicherheit auf gebührende Weise würdigt und bereit ist, ihren Möglichkeiten entsprechend, mit den anderen Mitgliedern dieser Organisation an der Erhaltung des Weltfriedens und am Wiederaufbau des Gedeihens und Wohlstandes der Völker zusammenzuarbeiten..."

Dieser Verpflichtung sind wir in unserem ganzen Handeln treugeblieben, indem wir unsere auswärtigen Beziehungen entwickelten und einen Beitrag geleistet haben zur Suche nach Lösungen, die den Frieden gewährleisten, die Sicherheit und die Entwicklung einer gleichberechtigten und allseitigen internationalen Zusammenarbeit festigen.

Vollauf engagiert, nehmen wir teil an der Realisierung der Resolutionen der Vollversammlung, namentlich derart bedeutsamer wie die Deklaration über die Vertiefung und Festigung der Entspannung, die Resolutionen über die Reduzierung der Rüstungen, die Abrüstung, die wirtschaftliche Zusammenarbeit wie auch die Gestaltung einer neuen internationalen ökonomischen Ordnung. Auf diese Weise leisten wir einen Beitrag zur Realisierung der Ziele der Organisation der Vereinten Nationen, zur Entwicklung und Umgestaltung der Grundsätze der Charta der VN in eine allgemein verpflichtende Wirklichkeit.

Wir streben danach, damit die hehren Grundsätze der Charta der VN ihren Ausdruck und konkrete Anwendung finden in der wachsenden und sich ausbreitenden internationalen Zusammenarbeit, die ein Imperativ der Gegenwart ist.

Die Notwendigkeit, die Leistungen der Entspannungspolitik zu festigen sowie negativen, beunruhigenden Tendenzen entgegenzuwirken, stellt unsere Organisation und alle ihre Mitglieder vor die Notwendigkeit, jene Anstrengungen zu intensivieren, welche eine Beseitigung der in der internationalen Situation auftretenden Spannungen ermöglichen. Mit diesen Aktivitäten muß das Bewußtsein einhergehen, daß der Frieden das höchste Gut der Völker ist. Wir sollten also politischen Willen und Reife an den Tag legen, um den Frieden in globaler Skala zu festigen, um ein für allemal das Wettrüsten einzudämmen und konkrete Abrüstungsmaßnahmen in die

Wege zu leiten. Denn heute ist die militärische Abrüstung eine zentrale Frage, die Schritt mit den im Bereich der politischen Entspannung erzielten Fortschritten halten und zu ihrer Vertiefung beitragen muß.

Die wichtigen Beschlüsse der im Juni d.J. beendeten, der Abrüstung gewidmeten X. Sondersitzung der Vollversammlung haben das zur Begrenzung des Wettrüstens und zur Abrüstung führende konkrete Aktionsprogramm definiert.

Mit Anerkennung begrüßen wir zumal die bedeutsamen komplexen Abrüstungsvorschläge, die von der Sowjetunion auf der Sondertagung unterbreitet wurden; wir geben auch der neuen bedeutsamen sowjetischen Initiative unsere Unterstützung, eine internationale Konvention über die Festigung der Sicherheitsgarantien für nicht-kernwaffenbesitzende Staaten abzuschließen -, die letztens von Minister Andrei Gromyko vorgelegt wurde.

Mit Besorgnis erfüllen uns die Versuche bestimmter Staaten, ein neues technologisches Wettrüsten zu entfesseln, wie auch die Rolle des militärischen Faktors in der Politik zu steigern, was mit den Intentionen einhergeht, die internationale Politik von der Position der Stärke zu führen. Derartige Versuche wurden bereits in der Vergangenheit unternommen, wobei gemeinhin bekannt ist, daß sie niemandem Nutzen gebracht haben, einzig und allein Spannungen entstehen ließen und die Welt bisweilen an den Rand einer nuklearen Katastrophe brachten.

Ebenso ist allgemein bekannt, daß das Wettrüsten eine bedeutende Belastung für die Staaten und Völker bildet, daß es Mittel verschlingt, die für deren sozialökonomische Entwicklung genutzt werden könnten, daß es es verhindert, vielen Ländern entsprechende Hilfe zu leisten, die dieser Hilfe so sehr bedürfen.

Eine Schlüsselbedeutung für den gesamten Prozeß der internationalen Entspannung und für die Eindämmung des Wettrüstens kommt den im Rahmen von Salt II und auf anderen wichtigen Ebenen geführten sowjetisch-amerikanischen Abrüstungsverhandlungen bei. Polen mißt diesen Verhandlungen großes Gewicht bei und gewährt ihnen seine volle Unterstützung.

Polen ist elementar an dem Abschluß von Abkommen interessiert, die die Sicherheit in Europa festigen würden. Aus diesem Grunde haben wir im Juni d.J. samt unseren sozialistischen Verbündeten bei den Abrüstungsverhandlungen in Wien neue Vorschläge vorgelegt, die sich auf die Begrenzung der Rüstungen und der bewaffneten Streitkräfte in Mitteleuropa beziehen. Diese stellen in bedeutendem Maße den Standpunkt der westlichen Staaten in Rechnung, können somit zur Grundlage werden, ein Abkommen über die gegenseitige Reduzierung der bewaffneten Streitkräfte und Rüstungen auszuhandeln, das sich auf das Grundprinzip der ungeschmälerten Sicherheit einer jeden der Seiten stützen würde.

Mit Nachdruck unterstreichen wir die Notwendigkeit, das Nonproliferationssystem von Kernwaffen zu festigen, sowohl durch die Universalisierung des Atomsperrvertrages wie auch die Verschärfung der Kontrollmittel durch die Internationale Atomenergie-Behörde bei ständiger Entwicklung der friedlichen Anwendung der Kernenergie.

Wir sind der Ansicht, daß es gilt, im Rahmen der Organe der Abrüstungsverhandlungen die Anstrengungen für die Bearbeitung neuer Abkommen zu verstärken, die sich namentlich auf die nukleare Abrüstung, auf neue Arten und Systeme von Massenvernichtungswaffen sowie auf die chemische Waffe beziehen.

Polen nahm an den Arbeiten des Genfer Abrüstungskomitees von Anfang an aktiv teil. Ich möchte versichern, daß wir diese Aktivität in dem erweiterten Abrüstungskomitee fortsetzen werden.

Wir erwarten die Finalisierung der dreiseitigen Gespräche über das völlige Verbot von Kernwaffenversuchen. Mit Genugtuung verzeichnen wir einen gewissen Fortschritt bei den Verhandlungen über die Bearbeitung einer internationalen Konvention über die Eliminierung der chemischen Waffe.

Unser Land hat alle seine wichtigeren internationalen Initiativen, selbst wenn diese sich auf regionale Fragen bezogen, der Organisation der Vereinten Nationen vorgelegt. So verhielt es sich z.B. am 2. Oktober 1957, als der damalige Außenminister, Adam Rapacki, den Vorschlag unterbreitete, eine atomwaffenfreie Zone in Mitteleuropa zu schaffen, oder auch am 14. Dezember 1964, als wir mit der Konzeption hervortraten, eine gesamteuropäische Sicherheitskonferenz einzuberufen. So gedenken wir auch weiterhin vorzugehen. Ich erwähne dies, um in Erinnerung zu bringen, daß Polen der UNO und ihrer Vollversammlung stets große Bedeutung beigemessen hat.

In diesem Jahr begeht Polen den 60. Jahrestag seiner nach einer nahezu 150-jährigen Periode der Teilungen und Unfreiheit wiedererlangten Unabhängigkeit. Dieser Jahrestag regt uns zu Reflexionen an, von denen, wie ich glaube, die wichtigste jene Feststellung ist, daß im Gegensatz zu den 20 Jahren der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen jetzt Voraussetzungen zur bleibenden Sicherung einer friedlichen Entwicklung Europas, darunter ebenso Polens, bestehen. Aus diesem Grunde sowie der Tatsache eingedenk, daß es in Europa war, wo zwei Weltkriege ihren Anfang genommen hatten, konzentrieren wir unsere Bemühungen um die Festigung des Friedens und der internationalen Sicherheit vorrangig auf das in allernächster Nachbarschaft liegende Gebiet - auf Europa.

Auf diesem Kontinent entwickelt und festigt sich in den letzten Jahren ein Entspannungsprozeß, der Merkmale einer konkreten und fortgeschrittenen Zusammenarbeit zwischen Staaten mit unterschiedlichen Gesellschaftsordnungen annimmt.

Das Fundament der Sicherheit und des Friedens in Europa ist die Unverletzbarkeit der politisch-territorialen Realität. Jegliche Infragestellung der auf unserem Kontinent bestehenden und allgemein anerkannten politisch-territorialen Realitäten steht im Widerspruch mit den elementaren Interessen des Friedens.

Eine gewichtige Sache ist die Einführung der historischen Schlußakte der KSZE - dieser großen Charta des Friedens in Europa - in die Praxis. Es ist zugleich eine Charta Europa, eine Zukunft zu schaffen, sowie ein Instrument, um Schwierigkeiten auf diesem Kontinent aus dem Wege zu räumen. Daher

sind wir für eine volle und ganzheitliche Realisierung aller Bestimmungen dieses Dokuments durch seine Signatarstaaten. Wir erwarten, daß die vereinbarten multilateralen Treffen, insbesondere aber das künftige Treffen in Madrid, den positiven Trends einer gesamteuropäischen Entspannung und Zusammenarbeit förderlich sein werden.

Polen wird fernerhin seinen Beitrag zur Festigung der positiven Umwandlungen in Europa leisten. Außer vielseitigen politischen Treffen stecken zahlreiche bislang ungenutzte Möglichkeiten in der Sphäre der ökonomischen, technologischen, wissenschaftlichen, kulturellen Zusammenarbeit, im Umweltschutz und anderen. Wir sind bereit, eine Zusammenarbeit mit allen Staaten zu entwickeln, bei strikter Einhaltung der Grundsätze und Bestimmungen der Schlußakte der KSZE. Ein praktischer Ausdruck dessen ist gleichfalls der sich positiv entwickelnde politische Dialog und die bilaterale Zusammenarbeit Polens mit vielen westlichen Staaten. Wir werden weiterhin derart vorgehen, um den allgemeinen Interessen des Friedens, der Sicherheit und einer für alle vorteilhaften Zusammenarbeit zunehmend besser zu dienen.

Die Realisierung der Beschlüsse der KSZE übt nicht nur in Europa, sondern auch auf die gesamte internationale Lage einen positiven Einfluß aus. Das Prinzip der Unteilbarkeit des Friedens anerkennend, sind wir überzeugt, daß der größte Beitrag, den Europa zur Verbesserung des Sicherheitszustands in der Welt zu leisten vermag, seine Umgestaltung in einen Raum bleibender Entspannung und fortgeschrittener friedlicher Zusammenarbeit ist.

Indem Polen für eine Politik der Entspannung und der friedlichen Koexistenz ist, für eine Begrenzung des Wettrüstens und für eine Abrüstung sowie für die Entwicklung gleichberechtigter internationaler Zusammenarbeit, geht es, ähnlich wie seine Verbündeten, von der Voraussetzung aus, daß nur eine solche Politik den Interessen des Friedens, somit den Interessen aller Völker entspricht, darunter ebenso den der Entwicklungsländer wie auch jener, die um ihre Unabhängigkeit, um ihre nationale und gesellschaftliche Befreiung kämpfen.

Leider gibt es Staaten, die sich der Entspannungspolitik faktisch widersetzen. Es gibt Staaten und darin sich aktivierende politische Kreise, die, obwohl sie verbal eine Unterstützung für die Entspannungspolitik deklarieren, faktisch in entgegengesetzter Richtung agieren und am Rande des "kalten Krieges" balancieren.

Gleich gefährvoll ist jenes politische Agieren, das auf der Montierung von Bündnissen beruht, die gegen andere Staaten, Mitglieder der UNO, gerichtet sind, auf unverhülltem Kundtun der Unabwendbarkeit des Weltkrieges, der Schaffung von Spannungen und dem Bestreben, die Situation in bestimmten Regionen der Welt labil zu machen. Jegliches Hervorrufen neuer Spannungen, sei es in regionalem oder globalem Maßstab, ist für alle Völker von Schaden.

Solche Aktionen komplizieren beträchtlich die Bedingungen der friedlichen Entwicklung der Welt, namentlich auf der Linie Ost-West, verzögern die Anstrengungen zugunsten der Liquidierung von Konflikten und Spannungsherden, die den Fortschritt im Bereich der Abrüstung erschweren wie auch die internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit und die Realisierung der neuen ökonomischen Ordnung hemmen.

In vollem Umfange solidarisieren wir uns mit jenen Ländern, die sich den Bestrebungen nach hegemonischer Dominanz sowie dem Druck in Südostasien widersetzen, wo nach einer langen Periode von Kriegen endlich der Frieden wiederhergestellt worden ist. Die internationale Gemeinschaft sollte die Anstrengungen des vietnamesischen Volkes und anderer Völker dieses Raums unterstützen, die auf den Wiederaufbau aus den Kriegszerstörungen und auf eine friedliche Entwicklung gerichtet sind.

Beunruhigt sind wir ebenfalls durch die immer noch vorhandenen Konflikt- und Spannungsherde, die die internationale Sicherheit gefährden. Dies bezieht sich zuallererst auf die Situation im Nahen Osten wie auch im Süden Afrikas.

Der Nahostkonflikt bildet - nicht allein in regionalem Maßstab - eine permanente Bedrohung des Friedens und der Sicherheit. Erneut bestätigen wir unseren Standpunkt, daß der Weg zum Frieden im Nahen Osten über die komplexe Realisierung der in den bekannten Resolutionen der Vollversammlung und des Sicherheitsrates enthaltenen Bestimmungen führt, nicht aber über Versuche separatistischer Regelungen. Diese Festlegungen sollten die Rückgabe aller, von Israel okkupierten arabischen Territorien umfassen, die Realisierung des Rechts des arabischen Volkes Palästinas auf eine unabhängige staatliche Existenz und die Sicherheitsgarantien für sämtliche Staaten dieses Raums. Unserer Überzeugung nach vermag allein die Wiederaufnahme der Genfer Konferenz in der Nahostfrage unter Beteiligung der interessierten Seiten, darunter die PLO, zur Lösung der dort bestehenden Konflikte führen.

Unterstützung und Sympathie bringt Polen dem nationalen Befreiungskampf der Völker Simbawes und Namibias entgegen. Im laufenden Jahr wurde unter Anteil der UNO, ein Plan zur Lösung des gravierenden Problems Namibias bearbeitet, für das unsere Organisation die vom Völkerbund hinterlassene und von ihm übernommene Verantwortung trägt. Nach unserem Dafürhalten enthält der gegenwärtige Plan zur Verwirklichung der Unabhängigkeit Namibias immer noch viele unklare Punkte, die unterschiedliche Interpretationen zulassen. Polen, seinem antikolonialen Standpunkt getreu, ist für eine breiteste Wahrung der Rechte und Interessen des Volkes von Namibia, für die unumschränkte Verwirklichung seines Rechts auf Selbstbestimmung, gemäß den Beschlüssen der IX. Sondersitzung der Vollversammlung.

Der immer noch auf der Welt bestehende Rassismus und die Rassendiskriminierung gefährden den Frieden und behindern die friedliche Zusammenarbeit der Staaten. Deswegen messen wir den Resultaten der unlängst in Genf zu Ende gegangenen

Weltkonferenz gegen Rassismus und Rassendiskriminierung großes Gewicht bei.

Wir sind dafür, den Prozeß der Dekolonisierung zu Ende zu führen und den befreiten Staaten gleichzeitig Bedingungen zur vollen und wahrhaften Beteiligung am internationalen Leben, ohne neokoloniale Einschränkungen und ohne Ausbeutung zu gewährleisten. Der allseitige, sich auf die gerechten Prinzipien der neuen ökonomischen Ordnung gründende Anteil am internationalen Austausch ist ein optimales Mittel, um die Staaten dieser Völker zu festigen und ihre Entwicklung voranzutreiben.

Zu jenen Erscheinungen, die sich auf das Klima der internationalen Beziehungen und das allgemeine Niveau der Zusammenarbeit negativ auswirken, ist die Fortsetzung von diskriminierenden Praktiken im internationalen Handelsaustausch und der Gebrauch von Protektionismus hinzuzurechnen. Wir sind der Ansicht, daß nicht der Protektionismus eine wesentliche und konstante Verbesserung der Weltwirtschaftslage, insbesondere in den Entwicklungsländern, bringen kann, sondern eine allseitige und gegenseitig vorteilhafte wirtschaftliche Zusammenarbeit, die auf Partnerschaft in der Entwicklung basiert, sowie der Umbau der internationalen ökonomischen Verhältnisse nach gerechten Grundsätzen.

Gemeinhin ist bekannt, daß internationale Sicherheit, Zusammenarbeit und gegenseitiges Vertrauen eng miteinander verbunden sind. Einen wesentlichen Platz im Prozeß der Sicherung des Friedens und der Schaffung günstiger Voraussetzungen für die Entwicklung der internationalen Zusammenarbeit nehmen jene Mittel ein, die zur Stärkung des gegenseitigen Vertrauens beitragen und der besseren Verständigung zwischen den Völkern dienen können.

Unter diesen Mitteln nimmt die gebührende Sorge der Staaten um die Erziehung der Völker im Geiste des Friedens, der Freundschaft und der Achtung vor anderen Völkern eine besondere Rolle ein.

Die Erziehung für den Frieden gehört zu jener Gruppe von Handlungen, die sich als Aufbau der Infrastruktur des Friedens im Bewußtsein der Gesellschaften bezeichnen läßt. Ohne das Vorhandensein des in den Gemütern tief verwurzelten Bewußtseins, daß der Weltfrieden das höchste Gut ist, und damit die höchste Priorität, kann der Bildungsprozeß friedlicher Bedingungen weder voll auf wirksam noch von Dauer sein. Das Bewußtsein, daß der Frieden im Kernwaffenzeitalter die einzige Vernichtungsalternative darstellt, mithin die unerläßliche Voraussetzung, brennende internationale Probleme zu lösen, sollte in allgemeinem Maßstab tief eingepflanzt und gefestigt werden.

Davon sprach bereits am 10. Oktober 1974 von dieser Tribüne aus der I. Sekretär des Zentralkomitees der PVAP, Edward Gierek, indem er insbesondere das Recht der Völker auf ein Leben in Frieden hervorhob.

Wir sind überzeugt, daß im Moment Voraussetzungen herangereift sind, damit die Erziehung der Völker für den Frieden - ein für den Aufbau gegenseitigen Vertrauens so gewichtiges Problem - zum Gegenstand von Beratungen der laufenden UNO-Sitzung werde.

Deshalb unterbreitet die polnische Delegation den Entwurf einer entsprechenden Deklaration. In diesem Dokument setzen wir uns das Ziel, die bisherige Leistung der UNO bei der Verbreitung der hehren Ideale des Friedens unter den Völkern, bei der Gestaltung von auf gegenseitiger Achtung und gegenseitigem Verständnis fußenden Verhältnissen ganzheitlich zu erfassen und zu entwickeln. Wir schlagen vor, sich an sämtliche Staaten zu wenden, damit sie sich in ihrem Handeln von der Anerkennung der übergeordneten Bedeutsamkeit und Notwendigkeit leiten lassen, einen gerechten und bleibenden Frieden unter Achtung der Prinzipien der Charta der Vereinten Nationen und des Völkerrechts festzusetzen, zu wahren und zu festigen.

Wir schlagen insbesondere vor, in der Deklaration alle Staaten dazu aufzurufen, ständige, konsequente Aktionen in Angriff zu nehmen, um zu gewährleisten, daß die Lehrpläne und Prozesse des Unterrichts, der Bildung und Erziehung in der Familie, in der Schule und im öffentlichen Leben sowie die dem dienende Tätigkeit der Massenmedien Inhalte enthielten, die mit der Aufgabe der Erziehung ganzer Völker, besonders aber der jungen Generationen, mit dem Geiste des Friedens übereinstimmen. "Stets werden die Gemeinschaften so sein, wie ihre Jugend erzogen wurde" - so schrieb nach Jan Zamoyski eine der aufklärtesten polnischen Persönlichkeiten - Stanisław Staszic.

Es ist ebenso unser Wunsch, aus dem Erziehungswesen und den Programmen der Massenmedien Inhalte zu eliminieren, die der Propagierung von Rassenhaß, Chauvinismus, Intoleranz, Ungerechtigkeit, der Glorifizierung von Gewalt und Krieg dienen. Für besonders wichtig betrachten wir es, die internationalen Beziehungen nicht durch die in einem Land gegen ein anderes unternommenen Propagandakampagnen zu beeinträchtigen.

Indem wir vorschlagen, die Problematik der Erziehung für den Frieden in die Beratungen der Vollversammlung wie auch in das Wirken der UNO einzuführen, lassen wir uns von dem Bestreben leiten, die bereits von den UNO-Mitgliedern auf politischer, Abrüstungs-, wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Ebene unternommenen Schritte zu ergänzen. Unsere Initiative resultiert aus der Besorgnis Polens angesichts der Schwierigkeiten, die momentan auf dem Wege zur Vertiefung der Zusammenarbeit, Entspannung und zu neuen Abrüstungsabkommen zutage treten. Den Deklarationsentwurf über die Erziehung der Völker im Geiste des Friedens behandeln wir sonach als eines der wesentlichen Mittel zum Vertrauensaufbau zwischen den Völkern und damit zur Festigung der internationalen Sicherheit. Wir rechnen damit, daß unsere Intentionen das Verständnis und die Unterstützung aller in diesem Saal repräsentierten Staaten finden werden.

Ich möchte meine Genugtuung über die Tatsache äußern, daß die polnische Initiative zur Frage der Konvention der Rechte des Kindes Unterstützung bei Kommission für Menschenrechte und des Wirtschafts- und Sozialrates der UNO gefunden hat. Wir geben der Überzeugung Ausdruck, daß die Verabschiedung dieser Konvention durch die Vollversammlung einen gewichtigen Akzent bei den Festveranstaltungen anlässlich des Internationalen Jahres des Kindes 1979 bilden wird.

Friedenserziehung

GENERALVERSAMMLUNG — Gegenstand: Erklärung über die Vorbereitung der Gesellschaft auf ein Leben in Frieden. — Resolution 33/73 vom 15. Dezember 1978

Die Generalversammlung,

- unter Hinweis darauf, daß die Völker der Vereinten Nationen in der Charta ihre Entschlossenheit verkündet haben, künftige Geschlechter vor der Geißel des Krieges zu bewahren, und daß es eines der grundlegenden Ziele der Vereinten Nationen ist, den Weltfrieden und die internationale Sicherheit zu wahren,
- erneut bekräftigend, daß die Planung, Vorbereitung, Entfesselung bzw. Führung eines Aggressionskriegs gemäß Resolution 95(I) der Generalversammlung vom 11. Dezember 1946 ein Verbrechen gegen den Frieden darstellt und daß ein Aggressionskrieg, entsprechend der Erklärung über völkerrechtliche Grundsätze für freundschaftliche Beziehungen und Zusammenarbeit zwischen den Staaten im Sinne der Charta der Vereinten Nationen vom 24. Oktober 1970 und der Definition der Aggression vom 14. Dezember 1974 ein Verbrechen gegen den Frieden ist,
- das Recht von Einzelpersonen, Staaten und der gesamten Menschheit auf ein Leben in Frieden bekräftigend,
- sich dessen bewußt, daß Kriege im menschlichen Geist entstehen und daß daher die Bollwerke des Friedens ebenfalls im Geist der Menschen errichtet werden müssen,
- in Anerkennung dessen, daß der Friede unter den Nationen das höchste Gut der Menschheit ist und bei allen bedeutenderen politischen, gesellschaftlichen und religiösen Bewegungen größte Wertschätzung genießt,
- geleitet von dem hohen Ziel, die Gesellschaft auf ein gemeinsames Leben und eine Zusammenarbeit in Frieden, Gleichheit, gegenseitigem Vertrauen und Verständnis vorzubereiten und die Bedingungen hierfür zu schaffen,
- in Anerkennung der wesentlichen Rolle der Regierungen sowie der nationalen und internationalen staatlichen und nichtstaatlichen Organisationen, der Massenmedien, der Erziehungssysteme und Lehrmethoden bei der Förderung der Ideale des Friedens und der Völkerverständigung,
- überzeugt, daß die Ressourcen, die Energie und die Kreativität der Menschheit im Zeitalter des modernen wissenschaftlichen und technischen Fortschritts auf die friedliche wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung aller Länder gerichtet sein, die Verwirklichung der neuen internationalen Wirtschaftsordnung fördern und der Anhebung des Lebensstandards aller Nationen dienen sollten,
- mit größter Besorgnis betonend, daß das Wettrüsten, insbesondere im nuklearen Bereich, sowie die Entwicklung neuer Waffenarten und -systeme auf der Grundlage moderner wissenschaftlicher Grundsätze und Erkenntnisse den Weltfrieden bedrohen,
- unter Hinweis darauf, daß die Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen im Schlußdokument der zehnten Sondertagung der Generalversammlung feierlich ihre Entschlossenheit zu weiteren gemeinsamen Bemühungen bekräftigt haben, den Frieden und die internationale Sicherheit zu festigen und die Gefahr eines Krieges zu beseitigen, und darin übereinstimmten, daß es zur Erleichterung des Abrüstungsprozesses erforderlich sei, Maßnahmen zu ergreifen und Politiken zu verfolgen, die den Weltfrieden und die internationale Sicherheit stärken, und Vertrauen zwischen den Staaten schaffen,

- in Bekräftigung der Grundsätze der Erklärung über die Gewährung der Unabhängigkeit an koloniale Länder und Völker vom 14. Dezember 1960, der Erklärung über die Festigung der internationalen Sicherheit vom 16. Dezember 1970 und der Erklärung über die Vertiefung und Festigung der internationalen Entspannung vom 19. Dezember 1977,
- unter Hinweis auf die Erklärung über die Förderung der Ideale des Friedens, der gegenseitigen Achtung und der Völkerverständigung bei der Jugend vom 7. Dezember 1965,
- unter Hinweis ferner auf die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte vom 10. Dezember 1948 sowie auf den Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte vom 16. Dezember 1966 und eingedenk dessen, daß darin u. a. erklärt wird, daß jede Kriegspropaganda gesetzlich verboten ist,

I

- > bittet alle Staaten feierlich, sich in ihren Handlungen von der Erkenntnis leiten zu lassen, daß es in allererster Linie darauf ankommt und erforderlich ist, für gegenwärtige und künftige Generationen einen gerechten und dauerhaften Frieden zu schaffen, zu wahren und zu festigen, und dabei insbesondere die nachstehenden Grundsätze zu befolgen:
1. Jede Nation und jeder Mensch hat ohne Ansehen der Rasse, der Glaubensüberzeugung, der Sprache oder des Geschlechts das angeborene Recht auf ein Leben in Frieden. Die Achtung dieses Rechts sowie der anderen Menschenrechte liegt im gemeinsamen Interesse der gesamten Menschheit und ist eine unerläßliche Voraussetzung für den Fortschritt aller großen und kleinen Nationen auf allen Gebieten.
 2. Ein Angriffskrieg, seine Planung, Vorbereitung oder Entfesselung sind Verbrechen gegen den Frieden und völkerrechtlich verboten.
 3. In Übereinstimmung mit den Zielen und Grundsätzen der Vereinten Nationen sind die Staaten verpflichtet, Propaganda für Angriffskriege zu unterlassen.
 4. Jeder Staat hat die Pflicht, im Geist der Freundschaft und der gutnachbarlichen Beziehungen eine umfassende, allen Seiten nützende, gerechte politische, wirtschaftliche, soziale und kulturelle Zusammenarbeit mit anderen Staaten ungeachtet ihres sozio-ökonomischen Systems zu fördern, um so im Geiste der gegenseitigen Achtung und des gegenseitigen Verständnisses für die Eigenart und die Verschiedenartigkeit aller Völker für ihr gemeinsames friedliches Zusammenleben und Zusammenwirken zu sorgen, und er hat ferner die Pflicht, Maßnahmen zu ergreifen, die der Förderung der Ideale des Friedens, der Menschlichkeit und Freiheit dienlich sind.
 5. Jeder Staat hat die Pflicht, das Recht aller Völker auf Selbstbestimmung, Unabhängigkeit, Gleichheit, Souveränität, auf die territoriale Integrität der Staaten und die Unverletzbarkeit ihrer Grenzen zu achten, einschließlich des Rechts, ihren Entwicklungsweg ohne Einmischung oder Eingriff in ihre inneren Angelegenheiten selbst zu bestimmen.
 6. Ein grundlegendes Mittel zur Wahrung des Friedens sind die Beseitigung der dem Wettrüsten innewohnenden Bedrohung und Bemühungen um eine allgemeine und vollständige Abrüstung

unter wirksamer internationaler Kontrolle, darunter auch darauf abzielende Teilmaßnahmen gemäß den im Rahmen der Vereinten Nationen vereinbarten Grundsätzen und den entsprechenden internationalen Übereinkommen.

7. Jeder Staat hat die Pflicht, alle Erscheinungsformen und Praktiken des Kolonialismus sowie des Rassismus, der rassistischen Diskriminierung und der Apartheid entgegenzutreten, die dem Selbstbestimmungsrecht der Völker sowie anderen Menschenrechten und Grundfreiheiten zuwiderlaufen.
8. Jeder Staat hat die Pflicht, der Propagierung von Haß und Vorurteilen gegen andere Völker entgegenzutreten, die den Grundsätzen der friedlichen Koexistenz und der freundschaftlichen Zusammenarbeit zuwiderlaufen.

II

- > fordert alle Staaten auf, zur Verwirklichung dieser Grundsätze
- a) beharrlich und konsequent sowie unter gebührender Beachtung der verfassungsmäßigen Rechte der Rolle der Familie sowie der in Frage kommenden Institutionen und Organe darauf hinzuwirken,
 - i) daß ihre Politiken, die sich auf die Verwirklichung dieser Deklaration auswirken, einschließlich der Erziehungssysteme und Lehrmethoden sowie der Informations-tätigkeit der Medien, von ihrem Inhalt her mit der Aufgabe vereinbar sind, die gesamte Gesellschaft und insbesondere die junge Generation auf ein Leben in Frieden vorzubereiten;
 - ii) so der Anstiftung zum Rassenhaß, zu nationaler oder anderer Diskriminierung, zu Ungerechtigkeit oder zur Propagierung von Gewalt und Krieg entgegenzutreten und sie zu beseitigen;
 - b) verschiedene Formen der bilateralen und multilateralen Zusammenarbeit — auch in internationalen, staatlichen und nichtstaatlichen Organisationen — zu entwickeln, um die Gesellschaft besser auf ein Leben in Frieden vorzubereiten und insbesondere Erfahrungen über Projekte mit diesem Ziel auszutauschen;

III

1. empfiehlt den betroffenen staatlichen und nichtstaatlichen Organisationen, geeignete Maßnahmen zur Verwirklichung dieser Deklaration einzuleiten;
2. erklärt, daß eine volle Verwirklichung der in dieser Deklaration niedergelegten Grundsätze konzertierte Maßnahmen seitens der Regierungen, der Vereinten Nationen, der Sonderorganisationen, insbesondere der Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur, sowie anderer interessierter — sowohl staatlicher als auch nichtstaatlicher — internationaler und nationaler Organisationen erfordert;
3. ersucht den Generalsekretär, die Fortschritte bei der Verwirklichung dieser Deklaration zu verfolgen und der Generalversammlung in regelmäßigen Abständen hierüber Bericht zu erstatten, wobei der erste Bericht spätestens auf der sechsendreißigsten Tagung vorzulegen ist.

Abstimmungsergebnis: +138; —0; =2: Israel, Vereinigte Staaten.